

E & W

Erziehung & Wissenschaft 02/2016
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Warum sich junge Menschen radikalisieren

IMRAN AYATA



Foto: dpa

Was ist los in „Almanya“?

In den ersten Wochen dieses Jahres konnte man den Eindruck gewinnen, Deutschland gerate aus den Fugen. Das Drama Millionen Geflüchteter, die vor Kriegen oder elenden sozialen Verhältnissen in Deutschland und Europa Zuflucht suchen, die Bedrohung durch islamistischen Terror (IS), die sexistischen Übergriffe auf Frauen am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht, das Etablieren rassistischer Bewegungen wie Pegida oder AfD („Alternative für Deutschland“) werfen die Frage auf, was los ist in „Almanya“? Mal wieder werden Bedrohungsszenarien ausgeleuchtet und Werte beschworen, ohne diese konkret auf den Punkt zu bringen. Vielleicht, weil die mit der Ökonomisierung unseres Lebens längst ins Hintertreffen geraten sind. Deutschland muss sich in Zeiten der Globalisierung neu erfinden. Muss endlich Abschied davon nehmen, soziale Fragen zu ethnisieren und Flucht, Migration sowie Einwanderung als Probleme zu begreifen. Deutschland gehört zu den Profiteuren der Globalisierung, ist längst weltweit zu einer politischen Macht avanciert. Schon allein deswegen kann man nicht so tun, als hätten internationale Konflikte nichts mit uns zu tun. In- und Ausland, drinnen und draußen, „wir“ und „sie“ – das sind Denkmuster, die unsere globalisierte Welt bereits überholt hat. Deshalb: Wir müssen akzeptieren, dass Menschen mit Migrationsgeschichte zur DNA dieses Landes gehören.

Wenn es um Themen geht, die mit Migranten zu tun haben, wird aber noch immer grobschlächtig pauschalisiert, werden ununterbrochen rassistische Klischees bemüht und Blödsinn geredet. Zu tradierten Reflexen gehört es, dass Politik und Medien zackig nach härteren Gesetzen rufen und ihren Tagtraum der Abschiebungen leben – so auch nach den Kölner Übergriffen. Wozu das führen soll, wissen vermutlich nicht einmal die Apologeten des „Wir-müssen-jetzt-durchgreifen“. Es hilft nicht, wir müssen uns auf allen gesellschaftlichen Ebenen viel stärker um neue Antworten bemühen, vor allem in den Bildungseinrichtungen. Das verdient eine Chance, weil

etwa die oft beschworene Integration viele Jugendliche aus Migrantenfamilien in ihrer Lebenswirklichkeit gar nicht (mehr) erreicht. Dass Salafisten, Dschihadisten und der sogenannte IS bei ihrer Rekrutierung in Deutschland und Europa darauf abzielen, junge Menschen damit zu locken, ihrem Alltag zu entkommen, ist kein Zufall, sondern Strategie. Warum scheint es den IS-Terrorgruppen in den vergangenen Jahren immer besser zu gelingen, vor allem junge Männer aus westlichen Demokratien für ihren reaktionären Wahnsinn, ihre Verbrechen und Morde zu gewinnen? Warum radikalisiert sich diese hier und entscheiden sich für den Märtyrertod in Syrien? Die Gründe dafür sind komplex und nicht hinreichend erforscht.

Neben vielen Aspekten, die vor allem in dem sich radikalisierenden politischen Islam selbst begründet sind, hat das Abdriften in die islamistische Radikalität auch mit unseren gesellschaftlichen Defiziten zu tun. Dass die tödlichen Versprechen der Dschihadisten und des IS manch jungen Migranten faszinieren, hat auch mit der hier erlebten Ausgrenzung von Schule über Arbeitsmarkt bis hin zur Diskothek zu tun. Mit ein paar Klicks können sie im Internet ihre Wirklichkeit in Recklinghausen mit einer in Rakka tauschen.

Doch der Radikalisierung junger Männer und Frauen entzieht man den Boden nicht alleine dadurch, dass man den IS mit militärischen Mitteln bekämpft. Der Kampf gegen einen sich radikalisierenden Islam ist ein politischer, der auch bei uns geführt werden und der sich gleichzeitig gegen den Anti-Islamismus à la AfD stellen muss. Es muss darum gehen, Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und sozialen Lage, ein Angebot zu unterbreiten, sodass sie die Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gleichberechtigt mitverhandeln können. Wie geht partizipative Demokratie in Zeiten der Globalisierung? Das ist die eigentliche Frage.

Imran Ayata,
Autor

Inhalt



Gastkommentar Was ist los in „Almanya“?	Seite 2
Impressum	Seite 3
Auf einen Blick	Seite 4
Prämie des Monats	Seite 5
Schwerpunkt: Warum sich junge Menschen radikalisieren	Seite 6
1. Islamismus als Jugendkultur: Endlich ein klares Ziel vor Augen	Seite 12
2. Terrorismus digital: Heilsversprechen mit „Erfolgsgarantie“	Seite 14
3. Interview mit Haci-Halil Uslucan: „Suche nach starker Gemeinschaft“	Seite 16
4. Bremen: Einschreiten, ohne auszugrenzen	Seite 18
5. Islamismus-Prävention: „Oft geht es um Provokation“	Seite 20
6. Interview mit David Aufsess: „Ein Jugendphänomen – schichtübergreifend“	
E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“ Flüchtlingswohnhäuser: „Wir wollen nur eine Chance“	Seite 22
Bildungspolitik	
1. GEW-Kommentar: WIR haben die Wahl!	Seite 24
2. DDS: „Gläserne Bildungsbiographie“	Seite 25
Schule	
1. GEW Hamburg: „Abitur im eigenen Takt“	Seite 26
2. Theaterarbeit: „Was hat das mit Bildung zu tun?“	Seite 38
Jugendhilfe und Sozialarbeit	
1. Kindheitspädagogik: „Sonstige Beschäftigte“ mit Bachelor	Seite 28
2. Schulabbrecher: Schulsozialarbeit hilft	Seite 30
3. Bundeskongress: Schulsozialarbeit systematisch ausbauen!	Seite 32
GEW-Intern	
1. Masurenakademie: Brücken bauen	Seite 33
2. kjl&m: Jubiläum	Seite 43
3. Beitragsanpassung	Seite 43
Beamte GEW Hessen: Jetzt erst recht!	Seite 34
Hochschule	
1. Appell: Streit über „Erziehung nach Auschwitz“	Seite 35
2. Hochschulzugang: Studienchancen für Geflüchtete	Seite 36
fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit Voluntourismus: „Freiwilligenfalle“	Seite 40
Recht und Rechtsschutz	Seite 42
Leserforum	Seite 44
Diesmal	Seite 48
Titel: Werbeagentur Zimmermann	

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 68. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

GEW weiter auf Wachstumskurs

Die Bildungsgewerkschaft hat 2015 die Marke von 280 000 Mitgliedern geknackt. Zum Jahreswechsel waren exakt 280 678 Menschen in der GEW organisiert. Innerhalb eines Jahres hat sie per Saldo fast 8 500 Mitglieder gewonnen – ein Plus von 3,1 Prozent. Gut 70 Prozent aller GEW-Mitglieder sind Frauen. Hauptgründe für die überdurchschnittlich vielen Beitritte: die großen Tarifrunden im Länderbereich sowie im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE).

Seit acht Jahren gewinnt die GEW kontinuierlich Mitglieder – in diesem Zeitraum weit über 30 000 Kolleginnen und Kollegen.

NRW: Lehrerbesoldung teils verfassungswidrig

Die GEW NRW kritisiert, dass sich die bisherige Besoldung der Lehrkräfte immer noch an der alten Lehrerausbildung orientiert, die Grundschullehrkräfte und Lehrkräfte der Sek I finanziell schlechter stellt. Die Gewerkschaft fordert die rot-grüne Landesregierung und den Landtag deshalb auf, die in Teilen verfassungswidrige Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer zu korrigieren. Die Politik müsse „zeitnah gesetzgeberisch initiativ werden“. Der Landesverband beruft sich auf ein in seinem Auftrag verfasstes Rechtsgutachten von Prof. Ralf Brinktrine. Dieses belege, dass die ungleiche Besoldung gleichwertiger Lehrämter verfassungswidrig ist. Die unterschiedliche Einstufung der Lehrkräfte widerspreche dem im Grundgesetz verankerten Alimentationsprinzip. Nach dem neuen Lehrerausbildungsgesetz gebe es keinen sachlichen Grund (mehr), der eine niedrigere Besoldung von Lehrkräften an Grundschulen und in der Sekundarstufe I rechtfertigt. Die Ungleichbehandlung könne weder mit dem Kriterium unterschiedlicher Aus- und Fortbildung noch mit unterschiedlich anspruchsvollen Aufgaben und Anforderungen des Amtes begründet werden.

Zum Hintergrund: Der nordrhein-westfälische Landtag hat 2009 ein neues Lehrerausbildungsgesetz verabschiedet. Darin ist geregelt, dass – unabhängig vom Lehramt – Studierende aller Lehrämter ein sechsemestriges Bachelor- plus ein viersemestriges Masterstudium absolvieren müssen.

In den nächsten Jahren werden nach Berechnungen der GEW NRW rund 3 000 Lehrkräfte neu eingestellt, deren Eingangsbesoldung – nach dem neuen Ausbildungsgesetz – erhöht werden müsste (A 13 statt A 12).

Paten für junge Geflüchtete

Mit Hilfe von Patenschaften, Vormundschaften und Gastfamilien sollen junge geflüchtete Menschen den Alltag in Deutschland besser bewältigen, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). „Menschen stärken Menschen“, ein mit zehn Millionen Euro ausgestattetes Bundesprogramm, das Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) Ende Januar in Berlin vorgestellt hat, setzt neben staatlicher Verantwortung auch auf Bürgerengagement: Über 25 000 ehrenamtliche Paten sollen geflüchtete Menschen bei Wohnungs- und Kita-suche oder bei Behördengängen unterstützen.

Mehr Informationen: www.willkommen-bei-freunden.de

Am Pranger: pädagogische Saisonarbeit

Nun weist auch eine aktuelle Auswertung der Bundesagentur für Arbeit (BA) weist auf eine bereits vielfach angeprangerte skandalöse Praxis hin: Die Bundesländer entlassen Lehrkräfte vor den Ferien und stellen sie nach den Ferien wieder ein. Die Zahl der Pädagoginnen und Pädagogen, die sich während der Sommerferien arbeitslos gemeldet haben, ist laut BA im vergangenen Jahr sprunghaft gestiegen. „Das Hire-and-Fire-Prinzip wird weder den Schülerinnen und Schülern noch den Lehrkräften gerecht. Die Länder als Arbeitgeber sanieren sich auf Kosten der Beitragszahler der Sozialkassen“, kritisiert GEW-Vorsitzende Marlis Tepe scharf. Saisonale Lehrerarbeitslosigkeit ist kein neues Phänomen. Seit 2012 steigt der Anteil betroffener Lehrkräfte, denen insbesondere für die Sommerferien Kündigungen ins Haus flattern. Die Zahl zusätzlich arbeitslos gemeldeter Lehrkräfte lag nach BA-Angaben im vergangenen Sommer bundesweit bei rund 7 000. Spitzenreiter mit 2 040 zusätzlichen Arbeitslosen ist Baden-Württemberg. Nähere Information unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Branchen-Berufe/Branchen-Berufe-Nav.html>



didacta 2016 in Köln

Unter dem Motto „Bildung ist Zukunft“ findet vom 16. bis 20. Februar die Bildungsmesse didacta in Köln statt. Die GEW lädt Sie ein, die beiden Stände der Bildungsgewerkschaft zu besuchen. Lassen Sie sich beraten oder machen Sie bei uns eine Kaffeepause und erholen sich vom Messetrubel.

Hauptstand: Halle 6.1 Stand F60, Kita-Stand: Halle 8.1 Stand F40. Die GEW bietet spannende Diskussionsforen u. a. zu den Themen „Flucht & Asyl: Ein Thema für die Schule“ (Mittwoch, 17. Februar, 12 Uhr, Forum didacta aktuell); „BNE ist MehrWert! – Bildung für nachhaltige Entwicklung verankern“ (Donnerstag, 18. Februar, 16 Uhr, Forum didacta aktuell); „Bildungsgerechtigkeit: Ja – aber nur auf dem Papier?“ (Donnerstag, 18. Februar, 13.15 Uhr, Forum Bildung).

Mehr Infos unter www.gew.de und www.gew-nrw.de

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie jedes Jahr im Februar kommt die Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ der Bildungsgewerkschaft GEW nicht alleine: Auf der Innenseite des festesten Umschlags finden Sie Ihre Beitragsbescheinigung 2015 zur Vorlage beim Finanzamt sowie Ihren neuen GEW-Mitgliedsausweis für das Jahr 2016.

Mehr Informationen unter: www.gew.de

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Smoothie-Maker.*

Prämie des Monats Februar: Smoothie-Maker

Für vitaminreiche Drinks
auf Knopfdruck



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname/Name	GEW-Landesverband
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße/Nr.	Telefon Fax
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ/Ort	E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

// Der radikale Islamismus hat sich auch in Deutschland zu einer subversiven Jugendkultur entwickelt. Seine Anhänger kommen aus allen Teilen der Gesellschaft. Fachleute versuchen zu erklären, warum sich Jugendliche innerhalb kurzer Zeit so weit von den Werten dieser Gesellschaft entfernen. //

Endlich ein klares Ziel vor Augen

Als sich Stephen* in Bilal umbenannte und im Kaftan, dem traditionellen muslimischen Gewand, in der Schule erschien, hatte Jan Kleinschmidt einen schrecklichen Verdacht: Sein Schüler sei auf dem Weg, sich zu radikalieren. Früher war der Achtklässler durch seine Unangepasstheit und Renitenz aufgefallen. Aber in der jüngsten Zeit habe sich sein Wesen vollkommen verändert. „Bilal war auf einmal lammfromm und sehr höflich“, erzählt der Lehrer einer Hamburger Stadtteilschule. „Er wollte unentwegt über den Nahostkonflikt sprechen.“ Hin und wieder hätten Männer mit langen Bärten vor dem Schultor gewartet.

Die islamistische Radikalisierung junger Menschen wie Bilal ist nach den Terroranschlägen von Paris erneut in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Denn Drahtzieher der Anschläge waren junge Männer, die in Frankreich und Belgien aufgewachsen sind, dort die Schulen und Jugendclubs besucht haben. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, aber auch betroffene Eltern fragen sich, warum sich eben noch unauffällige Jugendliche zum Teil innerhalb kurzer Zeit derart radikalieren, dass sie nach Syrien oder in den Irak ziehen, um für die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ihr Leben zu lassen. Oder den Krieg zurück in ihre alte Heimat tragen.

Doch diese Debatte darf nicht nur in Bezug auf Anschläge und die Sicherheitslage geführt werden. „Es geht darum zu begreifen, wie es sein kann, dass Jugendliche sich so weit von den Werten unserer Gesellschaft entfernen“, sagt der Psychologe Ahmad Mansour. Diese Frage müsse sich die ganze Gesellschaft stellen. Mansour betreut in der Berliner Beratungsstelle Hayat** Menschen, deren Kinder sich dem religiösen Radikalismus verschrieben haben. In seinem Buch „Generation Allah – warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus

umdenken müssen“*** richtet er einen eindringlichen Appell an Politik und Gesellschaft, junge Muslime nicht länger im Stich zu lassen.

„Religiöse Analphabeten“

Wer sind diese Jugendlichen, die sich wie Bilal einer extremistischen Ideologie zuwenden? „Absolut jeder Jugendliche in dieser Gesellschaft kann zum Betroffenen werden“, erklärt Mansour. „Der politische Salafismus hat sich in den vergangenen Jahren zu einer radikalen Jugendsubkultur entwickelt“, stellt die Islamwissenschaftlerin Claudia Dantschke, Leiterin der Beratungsstelle Hayat, fest. Diese spreche mit ihrem Kleidungscode im Straßenkämpfer-Style, mit coolen Gesten und provokanten Ausdrücken sowie den IS-Kämpfern, die wie Popstars verehrt werden, alle Jugendlichen an – unabhängig von sozialer Schicht, nationaler oder kultu-

reller Herkunft. Der französische Nahostwissenschaftler Olivier Roy sieht in Salafismus und Dschihadismus sogar eine Jugendrevolte – einen Bruch mit der Religion der Eltern wie auch mit der westlichen Kultur.

So unterschiedlich ihre Anhänger auch sind, haben sie doch eine Gemeinsamkeit: Ob Muslime oder nicht – sie haben nie eine reflektierte religiöse Sozialisation erfahren, die sie in die Lage versetzt hätte, sich kritisch mit Religion auseinanderzusetzen. Dantschke bezeichnet sie als „religiöse Analphabeten“. Die Jugendlichen seien in Familien aufgewachsen, die nach einem sehr strikten und traditionellen Islamverständnis leben, oder stammten aus liberalen Elternhäusern, in denen Religion keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Von entscheidender Bedeutung, hebt die Hayat-Leiterin hervor, seien die Familienstrukturen: Viele kämen wie Bilal

„Eine Verständigungslücke“

„Die ehemaligen Gastarbeiter sind in Deutschland angekommen, ihre Moscheen noch nicht“, sagt Imam Abu Ahmad Jakobi von der Schura, dem Rat der islamischen Gemeinschaften Hamburgs. Es fehle ihnen an Struktur und Geld, um ausgebildete Imame und Personal für die Jugendarbeit einzustellen. „Zwischen Jugendlichen und Gemeinden ist eine Verständigungslücke entstanden.“



Foto: privat

Imam Abu Ahmad Jakobi

Um die Jugend nicht an die Salafisten zu verlieren, leisten Geistliche und Moscheegemeinden bundesweit Präventionsarbeit – meist ehrenamtlich. So gibt Imam Jakobi Koranunterricht und leitet Dialog-Workshops. Im Rahmen des Hamburger Präventionsnetzwerks begleitet er beim Ausstieg aus der Salafistenszene. Die Schura unterstützt ihre Moscheen bei der deutschsprachigen Jugendarbeit. Bundesweit geht es strukturell voran: durch Islamunterricht an Schulen und eine universitäre Ausbildung von Imamen und Seelsorgern. M.L.



Foto: image

„Haben Jugendliche permanent das Gefühl, dass ihre Kultur, ihre Religion Fremdkörper in der Gesellschaft sind, ist es eine Frage der Zeit, bis sie sich aktiv einen anderen identitätsstiftenden Anker suchen“, sagt Psychologe Ahmad Mansour von der Berliner Beratungsstelle Hayat.

aus zerbrochenen Familien, seien ohne Vater aufgewachsen oder in patriarchalen Familien groß geworden, in denen Verbote und Bestrafung an der Tagesordnung sind.

„Die Jugendlichen sind auf der Suche nach Geborgenheit, Zugehörigkeit, Orientierung und auch ein wenig Spiritualität“, erklärt Islamexpertin Dantschke. „Bei den Salafisten finden sie die Befriedigung dieser Bedürfnisse und eine vermeintliche Antwort auf ihre Fragen.“ Hier fühlten sie sich angenommen, hätten mit der „Da’wa“, der Missionierung, eine Aufgabe. Und damit endlich ein klares Ziel, das ihrem Leben einen Sinn gibt. Außerdem biete das Leben nach strengen religiösen Regeln Sicherheit vor „westlichen“ Verlockungen. Die salafistische Ideologie gebe, so Dantschke, Jugendlichen damit Halt und eine klare Alltagsstruktur.

Mehr Mädchen rekrutiert

Neu ist, dass verstärkt Mädchen rekrutiert werden. In der Hamburger Beratungsstelle Legato ist bereits ein Drittel der Klienten weiblich. Was fasziniert Mädchen wie die Hamburgerin Assiye**** an der salafistischen Ideologie? Die 15-Jährige stammt aus einer sehr patriarchal geprägten Familie. Ihr Vater wacht streng über die Tugendhaftigkeit

der ältesten Tochter. Assiye wurde in der Vergangenheit häufiger sexuell belästigt. Durch die Vollverschleierung, die die Salafisten von ihr fordern, fühlt sie sich nun geschützt. Sie hat scheinbar ein Stück Freiheit gewonnen und ist glücklich, einer „Elite“ anzugehören.

Warum der Islamismus für immer mehr junge Menschen zu einem wichtigen Baustein ihrer Identität wird, hängt auch mit ihren Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung zusammen. „Haben Jugendliche permanent das Gefühl, dass ihre Kultur, ihre Religion Fremdkörper in der Gesellschaft sind, ist es eine Frage der Zeit, bis sie sich aktiv einen anderen identitätsstiftenden Anker suchen“, bringt es Psychologe Mansour auf den Punkt. Doch diesen suchten sie nicht in den Moscheen ihrer Eltern.

„Die meisten Moscheeverbände in Deutschland haben es verschlafen, sich auf die neue Generation einzustellen“, kritisiert Mansour. Sie orientierten sich noch an den Arbeitsmigranten der ersten und zweiten Generation. Doch die dritte Generation ist hier aufgewachsen, sie spricht die Sprache ihrer Eltern nur noch rudimentär und ist durch das Leben in Deutschland geprägt. Aber die Imame, die aus der Türkei für einige Jahre nach Deutschland geschickt

werden, kennen weder Sprache noch Lebenswelt der Jugendlichen.

So sei eine „religiöse Marktlücke“ entstanden, sagt Mansour. Die Salafisten hätten sie erkannt und besetzt. Der Psychologe nennt sie gar „die besseren Sozialarbeiter“. Denn Salafisten bedienten nicht nur die Bedürfnisse junger Muslime, sondern gingen auch dorthin, wo diese sich treffen: in die Jugendzentren und vor die Spielhallen, in denen manche gerade ihren letzten Euro verzockt haben, sprächen sie im Park an, wo sie Alkohol trinken und kiffen. Häufiger ist es aber ein Mitschüler, Bekannter oder Verwandter, der Nähe zu Islamisten herstellt und immer wieder in ein Gespräch verwickelt. Er lädt zum Beten ein, später zu Vorträgen oder Seminaren. Auch im Internet sind salafistische Gruppen über ihre Webseiten, Foren und sozialen Netzwerke sehr aktiv: Die Suche nach religiösen Antworten, nach

Salafismus

Der Salafismus ist innerhalb der islamistischen Szene eine der dynamischsten und am schnellsten wachsenden Bewegungen. Er orientiert sich an den „rechtschaffenen Altvorderen“ („as-salaf as-salih“). Damit sind die Gefährten des Propheten Mohammed und die ersten drei Generationen der Muslime gemeint. Die heutigen Salafisten erkennen als Quellen eines authentischen Islam nur den Koran, die Prophetentradition und den Glauben sowie die Lebensweise der Altvorderen an. Ihr Ziel ist es, die Gesellschaft zur Frömmigkeit zu bekehren. Gewaltbereit ist nur ein kleiner Teil von ihnen. So wird unterschieden zwischen den unpolitischen „Puristen“, den politischen Salafisten, die den Gottesstaat mit politischen Mitteln erreichen wollen, und Dschihadisten, die dieses Ziel auch mit Gewalt verfolgen.*

M.L.

*Vgl. Info aktuell 29/2015 der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Lebenstipps oder einfach der Wunsch zu konvertieren, führt häufig auf salafistische Webseiten (s. S. 12 f.).

„Ein labiler Jugendlicher kann sich innerhalb eines Monats radikalieren“, glaubt Dua Zeitun. „Man muss ihn nur an seinem Schmerz packen.“ Die 36-jährige bekennende Muslima ist Mitbegründerin der „Muslimischen Jugendcommunity Osnabrück“ (MUJOS). Sie ist „Freundin“ und „Streetworkerin“ zugleich, im realen Leben und online auf ihrer Facebook-Seite. Sie ist da, wo die Jugendlichen jemanden suchen, um ihren Kummer, ihre Fragen und ihren Zorn loszuwerden. In dem sozialen Netzwerk „stalked“ sie, wie sie selber sagt, muslimische Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren aus dem Großraum Osnabrück und schreibt sie an. Über 1 000 „Freunde“ hat sie mittlerweile. „Ich buhle mit ähnlichen Mitteln wie die Salafisten um ihre Gunst“, erzählt Netzaktivistin Zeitun. Doch während diese die Jugendlichen in ihrer Opferrolle bestätigen, hört die junge Frau zu, fragt nach und tröstet. Wer die Radikalisierung Jugendlicher verhindern oder aufhalten will, muss verstehen, weshalb, wie und wo sie sich radikalieren. Doch die wissenschaftliche Forschung steckt noch in den Kinderschuhen. Der Bielefelder Sozialpsychologe Andreas Zick unterscheidet auf Grundlage bisheriger Forschungsergebnisse drei Radikalisierungstypen: Den „Anführer“, der stark nach außen wirken wolle – dieser Typ „nimmt entscheidenden Einfluss auf den Radikalisierungsprozess anderer durch Rekrutierung, Anweisung und Bestärkung“, so Zick. Den „Mitläufer“, der auf der Suche nach Autoritäten sei – er entwickle eine starke Abhängigkeit zu seinem Mentor innerhalb der Gruppe. Den dritten bezeichnet der Wissenschaftler als „explorierenden Typus“, der vor der Radikalisierung eine Krise durchlebt habe und nun auf der Suche nach einem Lebenssinn sei. Wichtige Etappen im Radikalisierungsprozess sind nach Angaben des Sozialforschers die Identifikation mit der globalen Umma**** und den Muslimen weltweit, das Aufgehen der eigenen in einer muslimischen Identität und der Abbruch der Beziehungen zu Familie, Freunden und Bekannten. Allerdings durchliefen nur wenige den gesamten

Zahl der Salafisten verdoppelt

Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat sich die Zahl der Salafisten in Deutschland seit 2011 mehr als verdoppelt: auf 8 353 Anhänger Ende 2015. Etwa 780 Islamisten sind in den Irak und nach Syrien ausgewert. Der Anteil der Salafisten war bis dahin noch nicht im Detail ausgewiesen, stellt jedoch die überwiegende Mehrheit. M.L.

Prozess bis hin zur Bereitschaft, zu töten. Zick weist darauf hin, dass diese Radikalisierung nicht linear verlaufe, sondern stoppen, abbrechen oder wieder neu aufleben kann.

Aggressives Zitieren des Koran, Missionieren, religiöses Mobbing oder antidemokratische Propaganda: Meist sind Schulen der Ort, an dem junge Radikale erstmals auffallen und es zu Konflikten mit Lehrkräften und Mitschülern kommt. Deshalb empfiehlt das Team um Christoph Berens, Leiter des Bereichs „Demokratiepädagogik“ am Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, den Schulen, sich mit dem Phänomen religiöser Radikalisierung zu befassen. „Die Kolle-

ginnen und Kollegen sollen verstehen können, was hinter den religiösen und politischen Provokationen Jugendlicher steckt, und erkennen, ob sie dabei sind, extremistische Weltbilder zu entwickeln“, so Berens.

Für Lehrkräfte ist es häufig schwierig, zwischen Frömmigkeit und beginnender Radikalisierung zu unterscheiden, zumal die Übergänge zuweilen fließend sind. „Grundsätzlich machen wir deutlich, dass radikaler Islamismus nichts mit dem Islam als Religion zu tun hat“, sagt der Pädagoge. Das Beratungsteam macht aber auch klar, dass es keine Standard-Erklärungen für die Radikalisierung junger Männer und Frauen gibt, sondern diese aus vielen Perspektiven betrachtet werden müsse. Lehrkräfte sollen ermutigt werden, das erlernte pädagogische Handwerkszeug einzusetzen: souverän zu argumentieren, Grenzen zu setzen, aber an bestimmten Punkten auch tolerant zu sein. „Wichtig ist, die Schülerinnen und Schüler in ihren Äußerungen ernst zu nehmen und in Kontakt zu bleiben“, betont Berens.

Betreuung der Eltern

Die Betreuung betroffener Eltern übernimmt die Beratungsstelle Legato. In der Regel sind die Konflikte in der Familie bereits so gravierend, dass der Jugendliche immer weiter ins salafistische Milieu



Foto: image

„Die Jugendlichen sind auf der Suche nach Geborgenheit, Zugehörigkeit, Orientierung und auch ein wenig Spiritualität. Bei den Salafisten finden sie die Befriedigung dieser Bedürfnisse und eine vermeintliche Antwort auf ihre Fragen“, sagt die Islamexpertin und Leiterin der Berliner Beratungsstelle Hayat, Claudia Dantschke.

abgedrängt wird. „Als Gegenstrategie bauen wir ein Schutzschild auf, das aus Familienmitgliedern und Menschen, die noch einen Zugang zu dem jungen Radikalen haben, besteht“, betont Michael Gerland, Therapeut und pädagogischer Leiter von Legato. Er und sein Team versuchen, gemeinsam mit den Angehörigen, den Betroffenen aus der Szene herauszulösen. Wenn er irgendwann selbst



Fotos: Babette Brandenburg

Literaturhinweise

Kurt Edler: Islamismus als pädagogische Herausforderung. Kohlhammer Verlag 2015, 114 Seiten, 20,99 Euro

Bernd Ridwan Bauknecht: „Salafismus – Ideologie der Moderne“ in: Info aktuell, Informationen zur politischen Bildung, Heft 29/2015
 Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag 2014, 464 Seiten, 27,99 Euro

„Grundsätzlich machen wir deutlich, dass radikaler Islamismus nichts mit dem Islam als Religion zu tun hat“, stellt Christoph Berens (Mitte), Leiter des Bereichs „Demokratiepädagogik“ am Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, fest.

dass das Legato-Team schon einige Radikalisierungsverläufe abschwächen konnte. „Ohne unsere Arbeit wäre der eine oder andere schon Richtung Syrien unterwegs“, konstatiert der Therapeut. Der Hamburger Schüler Bilal ließ sich nicht mehr aufhalten. „Bis zum Schulabschluss hatten wir ihn stabilisiert, standen im ständigen Austausch mit seiner Mutter“, erinnert sich Lehrer Kleinschmidt. Doch mit dem Wechsel an die Berufsschule hatte Bilal sein soziales

Schutzschild verloren. Als Probleme mit seinem Aufenthaltstitel dazukamen, erschien ihm die Ausreise nach Syrien als letzter Ausweg. Wenige Monate später starb er.

Michaela Ludwig,
 freie Journalistin

in die Beratung kommt, sei ein wichtiges Etappenziel erreicht. Möchte der Sohn oder die Tochter weiterhin am Islam als religiösem Weg festhalten, bringen ihn Gerland und sein Team in Kontakt mit vertrauten muslimischen Geistlichen. Der Erfolg ihrer Arbeit sei schlecht zu messen, doch Gerland ist überzeugt,

***Namen der Schüler und Lehrkräfte geändert**

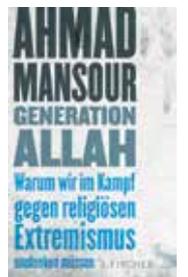
****www.hayat-deutschland.de/**

*****Ahmad Mansour:**

Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen. S. Fischer Verlag, 2015, 272 Seiten, 19,99 Euro

******Name geändert**

******Umma (arabisch) bezeichnet im engeren Sinne eine religiös fundierte Gemeinschaft der Muslime.**



„Verstehen können, was hinter den religiösen und politischen Provokationen Jugendlicher steckt“, betont Pädagoge Berens.



Mitdiskutieren
www.gew.de/
 EundW

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ²⁾ Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto
³⁾ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch MasterCard® Classic mit gleichen Leistungen möglich

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,- Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung²⁾
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard^{1) 3)}

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bbbank.de/GEW



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Heilsversprechen mit „Erfolgsgarantie“

// Terrorismus digital. Die einfachste und zugleich schwierigste Antwort auf die Frage, welche Rolle das Internet beim Thema Radikalisierung heutzutage spielt, lautet: Es ist komplex. //

Vielleicht wäre der Wunsch nach einer hilfreicherer Antwort vor 20 Jahren einfacher zu erfüllen gewesen, als „das Internet“ im Wesentlichen aus dem World Wide Web (www) bestand. Damals sorgten nur vereinzelte Websites für Diskussionen über Extremismus, so wie die „Zundelsite“, ein Webangebot, das rechtsextreme Inhalte verbreitete, 1994 initiiert von Ernst Zündel, einem deutschen Holocaustleugner, damals mit Wohnsitz in Kanada. Wer diese www-Frühphase miterlebt hat, dürfte sich an Debatten über Netzsperrungen erinnern, ausgelöst 2002 durch den damaligen Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf, Jürgen Büsow (SPD). Dieser forderte nordrhein-westfälische Internetprovider auf, den Zugang zu Websites wie der von Zündel zu verhindern. Die rechtlich mit

dem Mediendiensteleistungsvertrag begründeten Sperrungen stießen auf großen Widerstand – und das nicht (mehr) nur in der „Netzgemeinde“. Trotzdem verfiel die Idee in der Politik und wurde immer wieder als gangbarer Weg dargestellt, radikales Gedankengut zu vermeiden, frei nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn.

Sperrungen: keine Lösung

Waren (und sind) Sperrungen eine sinnvolle Lösung? Nein, allein schon deshalb nicht, weil sie leicht zu umgehen sind. Aber sie waren ein sehr bequemer Weg, zeigten sie doch der Öffentlichkeit, dass Politik auch bei neuen Herausforderungen schnell handeln kann. Mehr genützt hätte allerdings schon seinerzeit etwas, das besonders in Deutschland fortwährend sträflich vernachlässigt worden ist: eine intensive „ganzheitliche“ Auseinandersetzung mit dem Internet – auf sozialer, rechtlicher und technischer Ebene. Phänomene wie die „Zundelsite“ wären auch damals schon am besten auf der inhaltlichen Ebene entlarvt worden. Stattdessen setzte man lieber auf

technische und rechtliche Ansätze, ganz den alten (staatlichen) Denkschemata von Kontrolle und Macht folgend – die direkt in die digitale Sackgasse führten. Konsequenz dieses Irrwegs: Kaum ein anderes hochentwickeltes Land dürfte so ahnungslos durch die vergangenen digitalen Jahrzehnte gestolpert sein wie Deutschland. Vor allem aufgrund bisheriger Versäumnisse ist der Umgang mit digitaler Radikalisierung und Propaganda heute besonders herausfordernd. Inzwischen gibt es eben nicht mehr nur eine Handvoll „antidemokratischer Spinner“, die ihre kruden Thesen auf einigen schlecht gestalteten Websites verteilen. Spätestens seit den medialen Erfolgen des sogenannten Islamischen Staates (IS) dürfte nun auch den letzten Netzverweigerern klar geworden sein, dass es gerade diese mediale Ahnungslosigkeit ist, die Terroristen gezielt ausnutzen. Sie wissen, dass sie hierzulande nicht „siegen“ können: Keine einzige terroristische Gruppe konnte der Bundesrepublik nachhaltigen Schaden zufügen – von einem Umsturz des Systems ganz zu schweigen. Deshalb stoßen die IS-Terroristen sehr präzise in die Lücke, die sich ihnen bietet: Schrecken zu verbreiten, bevorzugt via Internet. Und es braucht nicht besonders viel, um große Aufmerksamkeit zu erzielen: Der Aufschrei des Entsetzens war riesig, als der IS die ersten Enthauptungsvideos veröffentlichte. Viele Deutsche reagierten verängstigt – die digitale Strategie des IS war erfolgreich. Hinzu kamen Jubelstürme von Sympathisanten und Anhängern. Denn was für den einen die widerliche, bestialische Tat menschenverachtender Irrer ist, gilt dem anderen als Lockruf. Bei der Vermittlung eines Heilsversprechens ist der IS außerordentlich wirksam mit seinen Parolen: „Komm zu uns, verwandle dich vom Frustrierten, Enttäuschten – und auch: vom Loser – zum Krieger.“ Plötzlich bot

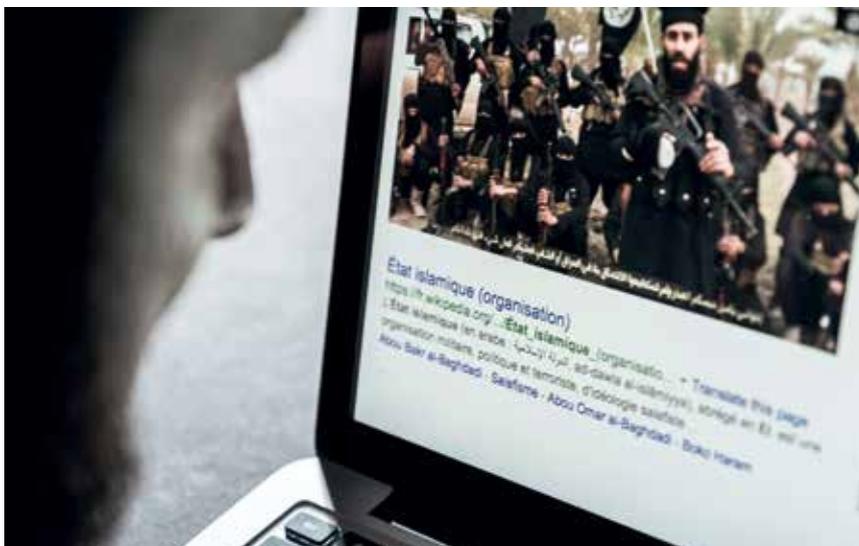


Foto: image

Die IS-Terroristen rekrutieren viele Menschen über das Internet. Deshalb ist es wichtig, digital gegenzusteuern – wie auf dieser französischen Website, die über den IS aufklärt.

sich für Tausende Männer und Frauen eine andere Zukunftsperspektive, zum Greifen nah. Auch wenn sich vorrangig junge, zornige Männer als Kämpfer dem Islamischen Staat angeschlossen haben: Der digitale Lockruf – egal, ob auf Twitter, Facebook, YouTube oder per Video war und ist sozial sehr breit ausgerichtet: Auch Frauen, Teenager, Akademiker, Islam-Konvertiten und viele andere zogen und ziehen in das „Kalifat“ bzw. den „Heiligen Krieg“. Sie alle eint die Perspektive, die Terroristen immer bieten: Teilhabe an der Macht.

Dabei geht es nicht nur um Macht über Dritte, wengleich diese selbstverständlich eine besonders große Rolle spielt. Wer bisher immer nur einsteckte, möchte irgendwann auch mal austreten – das mag ein Aspekt sein. Aber auch Macht in Hinblick auf die eigene Lebensgestaltung ist in dem Zusammenhang ein wichtiger Faktor. Und da es nicht nur die Verlierer sind, sondern auch etliche gebildete, wohlhabendere und lebenserfahrenere Menschen, die der Verführung der Terror-Macht IS erliegen, muss es mehr geben als nur ein Heilsversprechen für Loser. Hier kommt das Internet ins Spiel, denn das Netz ermöglicht einen Informationsüberfluss, aus dem sich jedermann seine persönliche Sicht der Dinge herauspicken und zu einem plausibel erscheinenden Ganzen zusammenbasteln kann. So kann eine breit angelegte und hochwertig gestaltete Verfügbarkeit ideologisch-religiöser Informationen einen großen Beitrag zur (Selbst-)Radikalisierung leisten: Nicht nur der verzweifelte Versager wird angefüllt, radikalisiert und mobilisiert, auch der übermotivierte Konvertit aus gutem Hause und die gelangweilte Jugendliche finden, was sie begeistert, wie Fälle aus der Vergangenheit zeigen. Die IS-Propaganda ist professionell, schnell, flexibel, sehr nah an digitalen Trends und ein Heilsversprechen mit „Erfolgsgarantie“. Denn es wird auf vielfältige Art und Weise, vor allem jedoch durch die grausamen

Tötungsvideos demonstriert: Die Macht des Islamischen Staates ist tatsächlich da, sie funktioniert und kann direkt in Anspruch genommen werden. Das bedeutet, auch wenn der Antrieb, in den „Heiligen Krieg“ zu ziehen, individuell ist, das Ergebnis ist kollektiv. Man fühlt sich zugehörig zu einer Gemeinschaft mit einer machtvollen Perspektive. Der IS bietet viele attraktive Punkte, die an die Lebenswelten anknüpfen – nicht nur für Loser, sondern auch für andere Verführbare.

Wichtigste „Waffe“

Aus diesen Gründen wird schnell deutlich: Technische und rechtliche Lösungen sind nachrangig. Die wohl wichtigste „Waffe“ gegen Extremismen ist inhaltlicher Art: die Gegenrede – auch im Netz. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte müssen aktiv verteidigt und konkret beworben werden. Radikale Weltansichten, die unwidersprochen stehenbleiben, können andere verführen. Eine Gegenrede – ob on- oder offline – allein negiert freilich weder Hass noch deradikalisiert sie umgehend die Sympathisanten extremistischer Ideen, doch sie regt zum Nachdenken an. Und: Sie ist vor allem – je stärker und öffentlicher sie geführt wird – ein überzeugenderes Symbol für eine lebendige Demokratie und ein klareres Nein zu Angst und Schrecken durch Terrorismus als eine technische Sperre im Netz. Die Sehnsüchte der Menschen mögen heute digital geprägt sein – letztlich sind sie doch rein menschlich, und junge Männer und Frauen müssen uns den – digitalen – Aufwand eines massiven Gegensteuerns wert sein. Denn eines steht fest: Es gibt kein Zurück mehr in eine Welt ohne Digitalisierung.

Stephan Humer,
Internetsoziologie und Informatiker

 **Mitdiskutieren**
[www.gew.de/
EundW](http://www.gew.de/EundW)



**Leipziger Buchmesse
Halle 2
Stand B200**

Unterrichten im Ausland

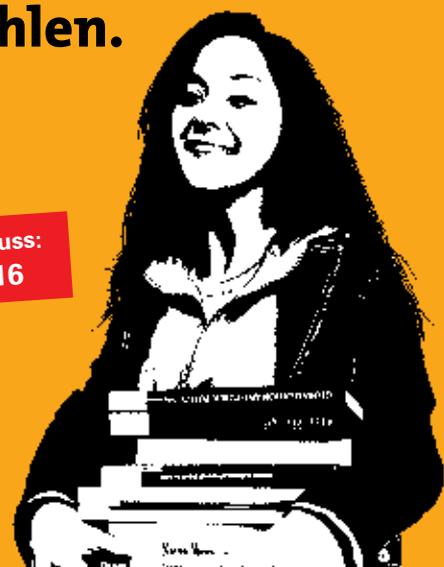
Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als **Lehrerin / Lehrer** für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:
www.auslandsschulwesen.de
Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

 Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das
Auslandsschulwesen –

 **ZfA**
Deutsche Auslandsschularbeit
International

Sie studiert! Wir zahlen.



**Bewerbungsschluss:
30. April 2016**

➔ **Wir fördern junge Frauen und Männer, deren Eltern kein Studium finanzieren können. Sie bekommen von uns ein Stipendium, das sie nicht zurückzahlen müssen. Das ist unser Beitrag für mehr Chancengleichheit in der Bildung.**

➔ **Infos: www.boeckler.de/stipendium**

Böckler-Aktion Bildung: Mut machen. Perspektiven schaffen

Hans Böckler Stiftung

„Suche nach starker Gemeinschaft“

// Interview mit **Haci-Halil Uslucan, Professor für Moderne Türkei-studien an der Universität Duisburg-Essen und Leiter des Zentrums für Türkei-studien und Integrationsforschung** //

E&W: Herr Uslucan, Sie haben im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts (DJI) Ursachen des islamischen Extremismus unter muslimischen Jugendlichen in Deutschland untersucht. Was sind Ihre Erkenntnisse?

Haci-Halil Uslucan: Die Forschung zeigt eine Gemengelage an Ursachen: Vielfach glauben muslimische Jugendliche in Deutschland, dass sie hier entwertet werden. Sie nehmen auch die muslimische Welt an sich als vom Westen erniedrigt wahr. Deshalb fühlen sie sich als Opfer. Ihnen schwebt eine gerechte Weltordnung vor: die Gleichstellung der islamischen Welt mit der westlichen. Dafür wollen sie die islamische Ehre wiederherstellen. Zu dem Gefühl der Erniedrigung kommt die Politisierung. Die beruht auf einem starken Anti-Amerikanismus, auf Antisemitismus und dem Zorn über den Nahostkonflikt. Eine zentrale Rolle spielt das Internet: Dort finden die Jugendlichen andere Informationen und Quellen, andere Deutungen der Weltpolitik (s. S. 12 f.). Wenn sie länger ausschließlich auf solche Informationen zugreifen, verändert sich ihr Weltbild. Sie beginnen, ihren Alltag mehr und mehr in einer relativ geschlossenen Gruppe unter Gleichgesinnten zu verbringen – mit ähnlichen Erfahrungen, ähnlicher Lebensanschauung. Dabei werden Abweichungen, eigene Meinungen und Einschätzungen immer weniger toleriert. Letztlich führt das zu einem sogenannten dichotomen Weltbild, der Gegenüberstellung von „ihr“ oder „wir“, gläubig oder ungläubig.

E&W: Sie haben auch zum Thema Jugendgewalt gearbeitet. Welche Rolle spielen in diesem Fall Gewalterfahrungen in der Kindheit?

Uslucan: Man hat festgestellt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen traumatischen Erlebnissen als Kind und dem Terrorismus gibt. Frühe Erfahrungen der Gewalt oder von Missbrauch machen Menschen dafür eher empfänglich. Wer als Jugendlicher eine gewisse psychische Disposition mitbringt, als Heranwachsender sozial ausgegrenzt worden ist und sich bereits politisiert hat, für den können aktuelle Anlässe, wie islamfeindliche Karikaturen, religiös motivierte Gewalt auslösen. Jenseits der Religion muss aber immer eine Politisierung stattgefunden haben.

E&W: Können Sie erklären, was Jugendliche am islamischen Extremismus fasziniert?

Uslucan: Zum einen geht es für sie darum, Gerechtigkeit herzustellen. Junge Menschen, die sich sozial und ökonomisch als Außenseiter fühlen, suchen nach einer starken Gemeinschaft. Ein weiteres Motiv ist Abenteuerlust, die Suche nach

dem „Kick“. Nach einer Grenzerfahrung, die mit dem Tod belohnt oder bestraft werden kann. Wer überlebt und zurückkommt, hat etwas zu berichten.

E&W: Welche Männlichkeitsbilder stehen hinter diesem Verhalten?

Uslucan: Männlichkeit ist in der islamistischen Ideologie stark an Dominanz gekoppelt, an körperliche Stärke, bedingungslosen Einsatz. Der Jugendliche, der sich der Terrororganisation des Islamischen Staats (IS) anschließt, ist bereit, für die aus seiner Sicht gerechte Sache zu kämpfen und notfalls dafür sein Leben zu lassen. Es geht darum, sich bis zum Ende einzusetzen. Diese Aspekte hängen mit traditionellen, autoritären Haltungen des Islamismus zusammen: Man ordnet sich einer Befehlsstruktur unter.

E&W: Was macht diese Ideologie für junge Frauen attraktiv?

Uslucan: Auch für sie geht es darum, Teil einer größeren Gemeinschaft zu sein. Außerdem bietet ihnen die Religion eine starke Orientierung, was das Geschlechterverhältnis betrifft.

E&W: Warum?

Uslucan: Es herrscht eine klare Aufgabenteilung: Der Mann ist für das „Außen“ zuständig, die Frau für das „Innen“. Und es gibt eine deutliche Hierarchie, wer wem zu gehorchen hat. Dabei ist diese Idee des Gehorsams positiv besetzt und wird nicht als Einschränkung empfunden. Nach diesem Verständnis ist eine Frau gehorsam, wenn sie das leistet, was die Familie von ihr erwartet.

E&W: Wo sehen Sie die Aufgaben der Islamverbände und muslimischen Gemeinden, um Jugendliche aufzuhalten?

Uslucan: In den Moscheen sollten Hodschas und Imame stärker zwischen Frömmigkeit, die ja erwünscht ist, und Gewaltbereitschaft trennen. Dort, aber auch durch die Islamverbände, müssen die innerislamischen Debatten vorangetrieben werden. Beispielsweise stehen einige junge Muslime auf dem Standpunkt, man solle die Da'wa, die Missionsarbeit, auch mit Gewalt betreiben. Dabei steht im Koran, dass es keinen Zwang in der Religion gibt. Und viele andere Koran-Stellen rufen zu Mäßigung und Gewaltverzicht auf. Diese Aspekte müssen von den Muslimen selbst stärker angesprochen und unterstrichen werden – im Sinne eines interreligiösen Zusammenlebens.



Haci-Halil Uslucan

Foto: privat

Interview: Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de
oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der
Krankenversicherung für
Mitglieder der

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Einschreiten, ohne auszugrenzen



Wenn sich junge Muslime radikalisieren, entfernen sie sich nicht nur von ihren Angehörigen und Freunden, sie haben sich dann auch längst aus der muslimischen Gemeinde verabschiedet.

Foto: dpa

// Bremen gilt als Hochburg der Salafisten. Nach Angaben der Innenbehörde gehören in der Hansestadt 360 Menschen dieser Glaubensrichtung an. Bisher sind davon etwa zwei Dutzend, teils mit ihren Kindern, nach Syrien ausgewandert, um dort die IS-Terroristen zu unterstützen. An den Bremer Schulen sind bisher nur vereinzelt dschihadistische Anwerbeversuche festgestellt worden. Die Bildungsbehörde nimmt das Thema dennoch ernst und versucht, pädagogisch gegenzusteuern. //

Wenn Helmut Kehlenbeck seine Computerliste mit „besonderen Vorkommnissen“ durchblättern will, muss er viel scrollen. Seit 2012 registriert der Referent für interkulturelle Angelegenheiten bei der Bildungsbehörde alle Vorfälle, die ihm von Schulen der Halbmillionenstadt gemeldet werden, weil sie etwas mit religiös motiviertem Extremismus zu tun haben. 2012 waren es lediglich eine Handvoll, inzwischen sind es zehn bis zwanzig Fälle pro Jahr, „mit deutlich steigender Tendenz“, wie Kehlenbeck angibt.

„Das hört sich nach ganz viel an“, findet der Ex-Sonderschullehrer. Aber es sei sehr wenig, gemessen an der Gesamtzahl von 47 000 Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen der Hansestadt (für Bremerhaven ist nicht er, sondern die dortige Schulaufsicht zuständig). Außerdem sei nicht klar, ob sich Jugendliche tatsächlich verstärkt radikalisierten oder ob nur die öffentliche Wahrnehmung sensibler geworden sei.

Trotzdem nimmt der Referent alle Meldungen ernst, manche hält er für „ausgesprochen besorgniserregend“. Der älteste Vorfall auf seiner Liste: Ein Muslim aus der Mittelstufe schlug Mitschüler, äußerte sich abfällig über Homosexuelle und bedrängte Mädchen, ein Kopftuch zu tragen. Später kam der Fall eines Neuntklässlers hinzu, der einem Sechstklässler ein Taschenmesser an die Kehle hielt und diesen fragte, was er damit wohl alles durchschneiden könne.

Schon Grundschüler sind manchmal auffällig: So schrieb etwa ein Drittklässler in ein Freundschaftsbuch, sein größter Traum sei, Soldat im „Heiligen Krieg“ zu werden und als Märtyrer zu sterben. Die meisten Meldungen beziehen sich auf Jungen, aus allen Schularten, Alters-

gruppen und Gesellschaftsschichten. Und es sind nicht nur verunsicherte Außenseiter, wie Kehlenbeck weiß, sondern auch „schlaue junge Kerle, die sehr intelligent und eloquent unsere Werte und Normen hinterfragen“.

Auch Mädchen gefährdet

Auch Mädchen stehen auf Kehlenbecks Liste: Einmal strich eine Schülerin in einem Geschichtsbuch alles durch, was mit Christen zu tun hatte – angeblich auf Veranlassung ihres Vaters.

Und eine Achtklässlerin fiel dadurch auf, dass sie sich immer mehr verhüllte und nur noch religiöse Schriften las. Darauf angesprochen, erzählte sie, dass ihr Bruder und ihr Cousin zuvor bei Kämpfen in Syrien ums Leben gekommen seien. „Da ist ein Mädchen offensichtlich richtig in Not“, so der Bildungsreferent, der auch eine psychotherapeutische Ausbildung absolviert hat. „Die Schule ist hervorragend damit umgegangen“, erinnert er sich. „Sie hat ein Unterstützungsnetzwerk aufgebaut“, an dem sich unter anderem Sonderpädagogen des „Regionalen Beratungs- und Unterstützungsnetzwerks“ (ReBUZ) beteiligten. Auch das Bremer Präventionsprojekt „kitab“* (s. S. 20 f.) ist von der Schulleitung eingeschaltet worden. Mit Erfolg? „Die Schülerin hat sich zumindest nicht weiter abgewendet“, so Kehlenbeck.

Immerhin. Andere Schulen merken vielleicht gar nicht, wenn sich in den



Foto: Eckhard Stengel

Helmut Kehlenbeck, Referent für interkulturelle Angelegenheiten bei der Bremer Bildungsbehörde



Foto: Heroes-net.de

Hilft Schulen: Das Berliner Gleichstellungsprojekt „Heroes“; eine Gruppe junger Migranten besucht Schulen und diskutiert in den Klassen über demokratische Werte.

Klassen etwas zusammenbraut. Oder die Kollegien reagieren ratlos, wissen nicht weiter. Aber wer will, kann sich Hilfe holen: Seit 2013 organisiert das Bremer Landesinstitut für Schule jedes Jahr einen Fortbildungsfachtag zum Thema „Salafismus“, seit 2014 auch mit Referenten aus muslimischen Dachverbänden. Der Ansturm ist gewaltig: Laut Kehlenbeck kommen pro Termin 130 bis 150 Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte, um sich Rat für den Umgang mit radikalisierten jungen Muslimen zu holen.

„Werte vermitteln“

Die in der Fortbildung vermittelten Hauptbotschaften fasst Behördenreferent Kehlenbeck so zusammen: „Gespräche führen, Vertrauen aufbauen, Halt geben, Werte vermitteln, Grenzen setzen.“ Der Fachtag 2015 befasste sich zudem intensiv mit Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft. Denn wer Andersgläubige ausgrenzt, fördert womöglich deren religiöse Radikalisierung. Deshalb rät der Experte: „Entwertet sie nicht, nehmt sie ernst, statt ihnen zu signalisieren: Ihr gehört nicht hierher. Damit macht man nur alle Türen zu.“ Aber klar ist für ihn auch: „An bestimmten Punkten muss man intervenie-

ren.“ Zum Beispiel, wenn Mitschülerinnen und Mitschüler bedroht werden. Notfalls müssten sogar Jugendamt oder Verfassungsschutz eingebunden werden. Aber auch darauf weist der Behördenfachmann hin: Längst nicht alle Salafisten seien gewaltbereit, und manch ein zur Schau gestellter Extremismus sei nicht religiös motiviert, sondern schlicht Provokation. Manchmal mische sich aber auch der Wunsch, sein Anderssein zur Schau zu stellen, mit innerer religiöser Überzeugung. Wer tatsächlich radikalisiert ist und sich „innerlich schon auf die Reise gemacht hat“, bei dem sieht Kehlenbeck nur begrenzte Erfolgchancen zur Reintegration. „Man kann eher die erreichen, die noch nicht so weit sind.“ Auf seiner Computerliste steht auch ein Vorfall aus dem Frühjahr 2014. Damals schlug das Schulzentrum Bremen-Walle Alarm, weil an der gymnasialen Oberstufe ein paar Schüler durch radikalislamische Sprüche aufgefallen waren. „Das waren stark frauenfeindliche, homophobe und demokratiefeindliche Äußerungen“, berichtet Schulleiter Matthias Möller. Ein Beispiel: „Frauen, die nicht dem Bild einer

>> Fortsetzung auf Seite 18

AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE



- Burnout
- Lebenskrisen
- Depressionen
- Angststörungen
- Chronische Schmerzen
- Traumafolgestörungen

- ★ Hochfrequente Therapie
- ★ Herzlichkeit und Mitgefühl
- ★ Individualität in familiärem Kreise
- ★ 60 Betten / 30 Therapeuten

NM-FK 1327

Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
www.akutklinik.de



WERKEN | BASTELN | MALEN | ZEICHNEN | HANDARBEIT



Fachhandel und Spezialversender für Schulen und Kindertagesstätten

Im Familienunternehmen dreht sich seit mehr als 35 Jahren alles um die Themen Werken und Basteln mit Kindern. Im Hauptkatalog finden Sie mehr als 10.000 Produkte, abgestimmt auf Ihre pädagogische und kreative Arbeit. Die beliebten Winkler-Werkpackungen (Materialsets), zum Fertigen von Werkstücken, werden im Betrieb produziert.

Viele Schulen und Kitas sind begeistert:

- ✓ umfangreiches Sortiment
- ✓ tolle Preise
- ✓ sehr rasche Lieferung

Kontakt: Winkler Schulbedarf GmbH
Mitterweg 16, D-94060 Pocking
Tel: 08531 910 60 Fax: 08531 910 113
E-Mail: verkauf@winklersschulbedarf.de

Fordern Sie den kostenlosen Katalog an oder besuchen Sie uns auf:
www.winklersschulbedarf.de

>> Fortsetzung von Seite 17

frommen Muslima entsprachen, wurden als Schlampen bezeichnet.“

Was tun? Die Schule wandte sich an die Bildungsbehörde und an die zuständige Kontaktpolizistin, die sogar den Verfassungsschutz einschaltete. Ob es aber wirklich radikale Salafisten waren, die damals als 16- bis 17-Jährige durch ihre markigen Sprüche auffielen – Schulleiter Möller weiß es bis heute nicht genau. „Das Problem ist vielschichtig“, sagt er. „Sind solche Äußerungen wirklich religiös motiviert – oder eher Ausdruck von Machogehabe – oder von Orientierungssuche?“

Wie auch immer: „Wir mussten uns als Schule Gedanken machen, wie wir so etwas auffangen können.“ Das Ergebnis war eine Doppelstrategie. Einerseits verständigte sich das Kollegium laut Möller auf eine gemeinsame Haltung, ein einheitliches Vorgehen: bei radikalen Äußerungen nicht wegzuhören, sondern einzuschreiten – ohne auszugrenzen. Also etwa so: „Als Mensch bist Du wertvoll, aber was Du gerade gesagt hast, geht gar nicht.“

Zum anderen hat die Schule den „Peer-to-Peer“-Ansatz genutzt und lud Vertreter des Berliner Gleichstellungsprojekts „Heroes“** in die Klassen ein. „Heroes“ – eine Initiative „gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“ – ist eine Gruppe von Migranten, die ein Vorbild für jene sein wollen, die mit Gleichberechtigung und demokratischen Werten Probleme haben. „Mit dieser Zusammenarbeit haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht“, betont Möller.

Ähnliche Projekte plant jetzt auch die Behörde von Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD) für das neue Jahr: Workshops für Schülerinnen und Schüler, die gemeinsam mit jungen Muslimen des Berliner Präventionsvereins „ufuq.de“ (s. S. 18 f.)*** über ihre Werte und Weltansichten diskutieren.

Eckhard Stengel,
freier Journalist

*<http://vaja-bremen.de/teams/kitab/>

**www.heroes-net.de

***www.ufuq.de

„Oft geht es um Provokation“

// Islamismus-Prävention an Schulen soll demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen vorbeugen. Viele Projekte verbinden religiöse mit Ansätzen politischer Bildung. //

Nach den Terroranschlägen Ende vergangenen Jahres in Paris herrschte auch an Schulen in Deutschland starke Verunsicherung: Viele muslimische Schülerinnen und Schüler hatten die Schweigeminute für die Opfer verweigert. Die Lehrkräfte wussten nicht, wie sie reagieren sollten. Bei dem Präventionsprojekt „ufuq.de“* herrschte an diesen Tagen wieder Hochbetrieb. Der Verein mit dem arabischen Namen für „Horizont“ arbeitet seit acht Jahren für Aufklärung und gegen die Radikalisierung junger Muslime – an der Schnittstelle von politischer Bildung, Pädagogik und Wissenschaft. Ufuq.de berät Lehrkräfte sowie Sozialarbeiter und bildet sie zu Themen des Islam, der Islamismus-Prävention und Islamfeindlichkeit fort. Islamwissenschaftler und Mitbegründer des Präventionsprojekts Götz Nordbruch erklärt beispielsweise, dass die Verweigerung der Schweigeminute oder gar islamistische Sprüche nicht zwangsläufig für ein islamistisches Weltbild stehen: „Oft geht es den Jugendlichen auch um Provokation (s. S. 20 f.). Was oft dahinter steht: Sie wollen mit ihren Erfahrungen und Meinungen anerkannt werden“, so Nordbruch. Er sieht daher auch in aggressiven Äußerungen, die in der Situation selbst oft schwer auszuhalten sind, einen willkommenen Gesprächsanlass. „Es ist wichtig bei Ereignissen wie in Paris, aber auch in Syrien oder Palästina, die Emotionalität der Schülerinnen und Schüler anzusprechen und aufzugreifen.“ Spürten die Jugendlichen, dass sie ernstgenommen werden, seien sie oft auch bereit, über Inhalte zu sprechen und andere Meinungen zu akzeptieren. Überhaupt sollten Lehrkräfte die Frei-



Götz Nordbruch, Islamwissenschaftler und Mitbegründer des Präventionsprojektes ufuq.de

räume der Lehrpläne häufiger nutzen. „Die Sichtweisen der Jugendlichen, ihre Lebenswelt, ihre Themen müssen Teil des Unterrichts werden“, fordert Islamwissenschaftler Nordbruch. Nur so fühlten sich die jungen Menschen respektiert, in ihrer Biografie anerkannt. „Keine Lehrkraft muss sich dafür aber zum Islamexperten fortbilden.“ Als Gesprächseinstieg im Unterricht haben ufuq.de und die Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg beispielsweise Filme zu Themen wie „Scharia“ und „Geschlechterrollen“, „Islamfeindlichkeit“ oder „Demokratie“ und „Salafismus“ produziert. In dem Handbuch „Wie wollen wir leben?“ gibt ufuq.de Anregungen zur Einbindung der Filme in den Unterricht.

Wirkungsvoll sind die Workshops, die der Verein in Schulen und Jugendeinrichtungen anbietet. Mit der Frage „Wie wollen wir leben?“ stoßen die jungen Teamer, ebenfalls Muslime aus Migrantenfamilien, Diskussionen unter den Jugendlichen an. „Häufig sind religiöse Interessen der Einstieg“, erklärt Nordbruch. „Wir bieten den Raum, um über die Vorstellungen junger Muslime von Religion, kultureller Zugehörigkeit und Identität zu sprechen und übersetzen diese dann in allgemeine politische oder ethische Fragen.“ Die Mädchen und Jungen sollen sich Kenntnisse über

Foto: imago

den Islam aneignen, sich eine eigene Meinung bilden und nicht den einfachen Antworten islamistischer Propaganda folgen.

Präventionsarbeit setze nicht erst bei Gewaltbereitschaft an, so der ufuq-Mitbegründer, sondern bereits bei demokratie- oder freiheitsfeindlichen Positionen. Es gehe darum, Alternativen zu salafistischen Ideologien und Angeboten aufzuzeigen. Dabei gebe es religiöse und nichtreligiöse Ansätze, die einander ergänzen können. Viele Experten sehen im islamischen Religionsunterricht eine Chance, den Schülerinnen und Schülern Wissen über Glaubensinhalte und -praktiken zu vermitteln und sich mit der Lebenssituation junger Menschen in einer vielfältigen Gesellschaft ebenso wie mit innerislamischer Diversität auseinanderzusetzen. Dadurch soll den Dogmen der salafistischen Koraninterpretation der Boden entzogen werden. Gespräche um religiöse Glaubensrichtungen im Unterricht bietet auch das

Projekt „Maxime Berlin“ des Beratungsnetzwerks „Violence Prevention Network“ (VPN).** Workshops zu Themen wie dem Nahostkonflikt werden gemeinsam von praktizierenden Muslimen, Christen und Juden begleitet. Es werden interreligiöse oder interkulturelle Konflikte und Vorurteile bearbeitet. „Wir möchten die Jugendlichen durch religiöses Wissen gegenüber islamistischen Rekrutierungsversuchen vor dem Schultor immunisieren“, so VPN-Sprecherin Cornelia Lotthammer. „Sie sollen lernen, die religiöse Vielfalt zu akzeptieren und Formen des Umgangs miteinander finden.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

*www.ufuq.de
**www.violence-prevention-network.de



Foto: Eckhard Stengel

Das Berliner Präventionsprojekt ufuq.de engagiert sich für Aufklärung und gegen die Radikalisierung junger Muslime. Das Team des Vereins bietet neben Beratung auch viel Material für die Arbeit mit Jugendlichen an.

DAS LEBEN IST
EINE MUTPROBE.
BESTEHEN SIE!

Jugendherbergen als
außerschulischer Lernort

Besuchen Sie uns auf der
didacta – die Bildungsmesse
am Stand E49 in Halle 7.1



„Ein Jugendphänomen – schichtübergreifend“

// „Jugendliche sind keine 24-Stunden-Vollzeit-Islamisten“, sagte der Bremer Sozialarbeiter David Aufsess im Interview mit Dirk-Oliver Heckmann Ende vergangenen Jahres im Deutschlandfunk (DLF). Organisationen wie die Salafisten gäben ihnen Halt und Orientierung, die in den Familien oft fehlten. //

Dirk-Oliver Heckmann: Herr Aufsess, Sie arbeiten direkt mit islamistisch orientierten Jugendlichen. Wie läuft das ab?

David Aufsess: Als Streetworker suchen wir Jugendliche in den Stadtteilen auf, die Jugendarbeit, Freizeiteinrichtungen oder Sportvereine, aber auch Angebote von Moscheevereinen oft nicht mehr erreichen. Sie verbringen ihre Freizeit lieber in ihrer Clique, auf der Straße oder in Einkaufszentren. Wir stellen zunächst einmal den Kontakt her und bieten regelmäßige Treffen an. Darüber und über gemeinsame Aktivitäten baut sich allmählich eine Beziehung auf. Grundlage, um an den Stärken und Schwächen der Jugendlichen zu arbeiten. Dabei geht es häufig um Probleme in der Schule, in der Familie, teilweise auch um Konflikte mit dem Gesetz. Wir bieten ihnen Unterstützung an und werden so zu Ansprechpartnern. Ansprechpartner, die viele andere Institutionen so nicht mehr sein können, weil die meisten dieser jungen Menschen häufig bereits aus vielen Strukturen raus sind.

Heckmann: Woran erkennt man, dass jemand ernsthaft ins radikal-salafistische Milieu abzurutschen droht?

Aufsess: Jugendliche in dem Alter sind keine 24-Stunden-Vollzeit-Islamisten. Wir erleben vielmehr, dass die Übernahme salafistischer oder radikal-religiöser Positionen ein Teil jugendlicher Orientierungs- und Sinnsuche ist. Wenn Jugendliche sich islamistisch radikalisiert, ist das ein Prozess, den man sehr differenziert betrachten muss. Da-



Foto: Lasse Behnke

David Aufsess

für bedarf es auch Kenntnissen des politischen Salafismus. Wenn salafistische Gruppierungen Jugendliche angeworben haben, lässt sich dies häufig an einer bestimmten Rhetorik erkennen. Auch ihr Besuch einschlägiger Internetseiten weist darauf hin, dass sie sich in einem radikalen Spektrum bewegen. Natürlich können auch bestimmte Äußerungen zum Syrien-Konflikt, antisemitische Einstellungen, ebenso abfällige Äußerungen über die Rolle der Frau Anzeichen für eine religiös begründete Radikalisierung sein.

Heckmann: Es gibt ja in Bremen in der Tat Fälle junger Männer, die sich nach Syrien aufgemacht haben, um sich dem Dschihad anzuschließen. Warum? Aus Perspektivlosigkeit, mangelnder Aufmerksamkeit oder was sonst?

Aufsess: Die Annahme, dass die Radikalisierung nur auf der Perspektivlosigkeit benachteiligter Jugendlicher beruhe und diese deshalb als IS-Kämpfer nach Syrien ausreisen, ist zu einfach. Eine Studie von 2014* zeigt, dass unter den Ausreisenden junge Deutsche ohne Migrationshintergrund, die zum Islam konvertiert und dem politischen Salafismus gefolgt sind, überrepräsentiert unter jenen sind, die in Syrien verletzt, verwundet oder getötet wurden. Das heißt, wir sprechen hier von einem Jugendphänomen, das schichtübergreifend und unabhängig von Herkunft, Glaube und Geschlecht ist. Es entspricht einer altersspezifischen Suche Jugendlicher nach Orientierung,

nach Zugehörigkeit. Und hier machen Salafisten klare sinnstiftende Angebote an junge Menschen. Sie vermitteln zum Beispiel ein bestimmtes Männlichkeitsbild und eine klare Rollenaufteilung innerhalb der Gemeinschaft. Hinzu kommt: Diese jungen Muslime, die in Deutschland aufgewachsen sind, haben seit dem 11. September 2001 eine Abwertung ihrer kulturellen Identität erfahren. Denn seit damals wachsen sie damit auf, dass die Gesellschaft ihre Religion, ihre Zugehörigkeit zum Islam sehr negativ wahrnimmt.

Heckmann: Weshalb schaffen es Salafisten, jungen Menschen Orientierung zu geben, aber nicht die Gesellschaft?

Aufsess: Das ist genau der Punkt, den wir in unserer Präventionsarbeit anpacken müssen. Gerade weil sich manche Heranwachsende herabgesetzt fühlen, ist es Aufgabe der Politik, kulturelle Vielfalt in den Schulen, in der Jugendarbeit zu fördern, Jugendliche in ihren Ressourcen zu stärken und nicht bloß ihre Defizite zu geißeln. Hier steht Prävention noch sehr am Anfang, auch in den Schulen.

Heckmann: Kann man junge Menschen, die sich bereits radikalisiert haben, noch stoppen?

Aufsess: Die Frage ist: Wann ist ein jugendlicher wirklich radikal, wann ist er nicht mehr zurückzuholen? Das ist schwer zu beurteilen. Wir sprechen auch nicht von Radikalisierungsprozessen, sondern von religiösen „Hinwendungsprozessen“. Das heißt – und das stellen wir auch in der alltäglichen Sozialarbeit ebenso wie in der Beratung an Schulen fest –, dass junge Muslime sich ganz stark mit dem Islam, mit ihrem Glauben auseinandersetzen. Es ist für sie sehr wichtig, dass ihre Religion als Teil ihrer Identität wertgeschätzt wird. Deshalb ist der kontinuierliche Kontakt zu ihnen wichtig. Wir müssen wissen, was passiert, mit welchen politischen und religiösen Inhalten setzt sich der Jugendliche auseinander.

Heckmann: Sind die jungen Muslime, mit denen Sie sich regelmäßig treffen, dazu auch bereit?

Aufsess: Es sind Jugendliche darunter, die schon sehr weit in radikale Kreise hineingeraten sind. Aber es geht darum, alternative Angebote zu schaffen, die für sie attraktiv sind. Dazu gehört, ihnen demokratische Grundwerte, die Achtung vor Menschenrechten zu vermitteln und gemeinsam eine Gegenposition zum Islamismus zu erarbeiten. Basis ist die Beziehungsarbeit. Die Jugendlichen kennen uns. Sie wissen, wir fallen nicht mit der Tür ins Haus und legen nicht sofort die Finger in ihre Wunden. Wir setzen uns intensiv mit ihren Sichtweisen und Haltungen auseinander und reflektieren dabei aber auch unsere eigenen Positionen.

Heckmann: Ihr Verein berät auch Eltern und Angehörige junger Menschen, die gefährdet sind, in den Dschihad zu ziehen. Was raten Sie ihnen?

Aufsess: Wenn Eltern zur Beratungsstelle kommen, haben sie erst einmal große Sorgen, Ängste und viele Fragen. Teilweise sind ihre Kinder bereits sehr stark in Richtung Salafismus unterwegs. Und da geht es dann erst einmal darum, dass Mütter und Väter erkennen, was ihr Kind für eine Entwicklung hinter sich, welche biografischen Brüche es erlebt hat – zum Beispiel Trennung der Eltern, Verlust des Vaters, das sind häufige Phänomene (s. Seite 6 ff.) Dann versuchen wir, das System Familie so zu stärken, dass der Sohn oder die Tochter wieder in ein soziales Netz eingebunden wird, das ihn oder sie auffängt und nicht ständig für eine radikale Haltung bestraft.

Heckmann: Haben Sie Erfolg damit?

Aufsess: Das ist ein Auf und Ab. Denn es handelt sich um Prozesse, die sehr vielschichtig sind und nicht eindimensional nach dem Muster Erfolg/Misserfolg

verlaufen. Aber wenn wir feststellen, dass Eltern begreifen, was mit ihrem Kind los ist, was es durchgemacht hat, und sie gelernt haben, anders auf es zuzugehen, sehen wir das als Erfolg an.

Interview: Dirk-Oliver Heckmann, Moderator und Redakteur Abteilung Aktuelles/Zeitfunk im Deutschlandfunk

Das Interview drucken wir in einer stark gekürzten und bearbeiteten Printversion mit freundlicher Genehmigung des Deutschlandfunks nach.

*Heerlein, A. (2014). „Salafistische“ Moscheen: Ort des Gebets oder eine Brutstätte für dschihadistische Muslime? In Hummel, K. & Logvinov, M. (Hrsg.): „Gefährliche Nähe: Salafismus und Dschihadismus in Deutschland“, Stuttgart: ibidem



BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst



**Buchen Sie Ihren Urlaub
in dem Reisebüro, dem
viele Ihrer Kolleginnen
und Kollegen vertrauen!**

**Und das mit BSW-Vorteil
für unsere Mitglieder.**

BSW-Reisebüro

Tel. 0800 279 73473 (gebührenfrei)

Öffnungszeiten: Mo-Fr 8-19 Uhr, Sa 9-18 Uhr, So 10-18 Uhr

www.bsw.de

„Wir wollen nur eine Chance“

// „**Flüchtlingswohnhäuser**“ wie in Leipzig bieten asylsuchenden Familien ein neues Zuhause und ermöglichen den Start in die deutsche Normalität – mit Licht- und Schattenseiten. //

Ein einfaches Wohnhaus aus der Gründerzeit, hellgraue Fassade, vier Stockwerke. Im Erdgeschoss Schaufenster längst geschlossener Läden: Wer sich mit purer Normalität bemänteln will, ist in der langen Häuserzeile der Georg-Schwarz-Straße im Leipziger Westen gut untergebracht. Die unauffällige Adresse ist eine ideale Unterkunft für Flüchtlinge, die in Deutschland Hilfe und Sicherheit suchen. Acht Familien aus Afghanistan, Syrien, Tschetschenien, Albanien, Serbien und dem Kosovo leben hier in acht Wohnungen: 36 geflüchtete Menschen, unter ihnen 21 Kinder zwischen anderthalb und 18 Jahren. Zusätzlich zu ihren Zwei- und Drei-Zimmer-Woh-

nungen haben sie im Erdgeschoss einen Aufenthaltsraum, ein Spielzimmer, eine Teeküche und im Hinterhof einen selbst gestalteten Garten.

Geschützter Raum

Das Haus ist eines von einem Dutzend kleiner Flüchtlingsquartiere in Leipzig. Es bietet den Familien einen geschützten Raum für den Start in den deutschen Alltag. „Das Konzept, Flüchtlinge dezentral unterzubringen, ist der richtige Weg“, sagt Ina Lackert, 49, Sozialarbeiterin des Trägervereins „Pandechaion – Herberge“. „Wir haben hier noch keine Übergriffe oder Anfeindungen erlebt.“ Die Frau mit den langen rotbraunen Haaren sitzt in einem kleinen Büro im Erdgeschoss und managt die Anliegen geflüchteter Familien: Deutschkurse, Schulfragen, Kita-Suche, Behördengänge, Arzttermine, Kontakte zum Fußballclub. Die Sozialarbeiterin hat zwölf Jahre im Nahen Osten gelebt, sie kann sich in die Nöte

der Ankömmlinge einfühlen. „Unser Ansatz ist aber die Hilfe zur Selbsthilfe: Wir nehmen den Familien nicht alles ab. Wir zeigen ihnen, wie sie ihre Angelegenheiten selbst erledigen können.“

Familie Noor aus Masar-i-Scharif zum Beispiel. Vater Firooz Noor, gelernter Zimmermann, leitete in der Heimat eine Tankstelle und hatte dort ein Haus. Doch die politische Stimmung in Afghanistan wurde für die liberal denkende Familie lebensgefährlich. „Ein Freund von uns ist schon ermordet worden“, erzählt der 29-Jährige halb auf Deutsch, halb auf Englisch. Ende 2014 beschloss die Noors, nach Deutschland zu gehen. Das Auftreten der Bundeswehr in Masar-i-Scharif hatte sie beeindruckt. „Ich wollte mein Land nicht verlassen. Aber ich wollte auch nicht, dass meine Kinder in der Angst leben, dass ihr Vater oder ihre Mutter morgen getötet werden.“ Mit seiner Frau Wasima und den drei Töchtern reiste Noor fünf Mo-



Im Aufenthaltsraum der Leipziger Flüchtlingsunterkunft „Pandechaion“ – die geflüchteten Menschen machen unterschiedliche Erfahrungen: Die Roma-Familie Haliti aus dem Kosovo verzweifelt am sächsischen Schulsystem: Der 18-jährige Sohn Pajazit (links hinten) muss Warteschleifen an der Oberschule drehen, um weiterzukommen. Seiner 16-jährigen Schwester Azemine (links vorne) geht es ähnlich. Bessere Startchancen haben die afghanischen Mädchen Rahna (fünf Jahre) und Asma (sieben Jahre, rechts hinten und rechts vorne): Sie wachsen zweisprachig auf.

Fotos: Sebastian Willnow



„Das dezentrale Konzept, Flüchtlinge unterzubringen, ist der richtige Weg“, sagt Sozialarbeiterin Ina Lackert, die das Flüchtlingsquartier des Tägerevereins „Pandechaion – Herberge“ betreut.

nate über den Iran, die Türkei, Bulgarien, Serbien und Ungarn bis Sachsen. Im Frühjahr 2015 kam er in Leipzig an und in die Obhut von Sozialarbeiterin Lackert in der Georg-Schwarz-Straße. Inzwischen wachsen die Kinder zweisprachig auf: Deutsch und Dari. Tochter Rahna besucht eine Kita in der Nähe des Stadtzentrums. Ihre erste Angst hat die Fünfjährige überwunden, sie war schon bei Leipziger Familien eingeladen. Allerdings müssen die Eltern das Mädchen jeden Tag eine Dreiviertelstunde mit der Straßenbahn zum Kindergarten bringen. „Dreimal Umsteigen“, berichtet Noor. Tochter Asma, sieben Jahre, besucht seit Sommer eine Grundschule, 15 Minuten Fußweg von ihrem Haus entfernt. Anfangs war es nur eine DaZ-Klasse: Deutsch als Zweitsprache. Asma hat schnell verstanden. Jetzt lernt sie in einer regulären 1. Klasse Schreiben und dolmetscht manchmal für ihre Mutter. „Sie geht gern in die Schule. Manchmal möchte sie noch länger bleiben, wenn wir sie abholen“, erzählt ihr Vater. Die zweijährige Zuhail bleibt indes noch bei ihren Eltern. Die sind vor allem mit dem Spracherwerb beschäftigt: Firooz hat die Deutsch-Intensivkurse A1 und A2 mit Auszeichnung absolviert, 20 Stunden pro Woche. Jetzt löst er einen Gutschein über weitere 200 Stunden ein. „Ich muss es nicht – ich will.“ Außerdem möchte er dieses Jahr ein Praktikum absolvieren, mit einem Fensterbauer hat er schon ge-

sprochen. Auch seine Frau Wasima hat seit August Deutschunterricht, zweimal pro Woche kommt außerdem ein pensionierter Lehrer für eine Stunde ins Haus. Spätestens nächstes Jahr will Familie Noor eine eigene Wohnung mieten. „Wir wollen es selber schaffen – wir sind ja nicht wegen des Geldes hier.“

Rund 68 000 Asylsuchende kamen im vergangenen Jahr in den Erstaufnahme-Einrichtungen Sachsens an, fünfmal so viele wie 2014. Fast 5 000 Flüchtlinge landeten in Leipzig. Die Kommune will so viele Menschen wie möglich nach der zentralen Erstaufnahme dezentral im Stadtgebiet unterbringen. Um das Konzept umzusetzen, gibt es aktuell rund ein Dutzend eigens eingerichteter Flüchtlingswohnhäuser wie in der Georg-Schwarz-Straße, zudem Übergangswohnungen, Pensionen und Motels. Allerdings werden nach wie vor auch große Gemeinschaftsunterkünfte betrieben, die mit weit über 1 000 Menschen belegt sind. Diese Geflüchteten leben in einem leerstehenden Bürogebäude in der Innenstadt ebenso wie in alten Messehallen, ungenutzten Schulgebäuden, winterfesten Zelten und in einem Container-Ensemble, das bis zum Sommer noch als Übergangs-Grundschule gedient hatte.

Da die Kinder ab sechs Jahren, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, schulpflichtig sind, gehen sie tagsüber in die Schule: Ende 2015 besuchten rund 1 200 Schülerinnen und Schüler aus Flüchtlingsfamilien DaZ-Klassen an 32 Schulen. Weitere werden eingerichtet.

„Verzweifelt am System“

Reibungslos läuft die Teilhabe an Bildung nicht immer. Familie Haliti aus dem Kosovo verzweifelt am sächsischen Schulsystem. Der 18-jährige Sohn Pajazit muss Warteschleifen an einer Oberschule drehen, ohne weiterzukommen. Er kann keinen Realschulabschluss machen, weil ihm die Schule noch keine richtigen Noten gibt. Die bekommt er erst, wenn er die DaZ-Vorbereitungsklassen durchlaufen hat und komplett am regulären Unterricht teilnehmen kann. „Ich hatte große Pläne, wollte studieren“, sagt Pajazit. „Jetzt frage ich mich langsam, warum ich noch in die Schule gehen soll.“ In Prizren habe er

gute Noten gehabt und stand kurz vor einem Schulabschluss mit einer beruflichen Qualifizierung in Grafikdesign. Seine Zeugnisse liegen übersetzt und beglaubigt vor. „Aber die Anerkennung dauert eine Ewigkeit.“ Währenddessen sitzt er mit viel jüngeren Kindern in einer DaZ-Klasse und ist wütend: „Ich bin doch kein Baby.“ Seiner 16-jährigen Schwester Azemine ergeht es ähnlich: Nachdem sie vier Monate eine DaZ-Klasse besucht hat, musste sie nach den Sommerferien in der 9. Klasse den ganzen Stoff wiederholen.

„Natürlich müssen die Kinder Deutsch lernen. Aber das System gibt ihnen keine Chance, mehr aus sich zu machen“, kritisiert die Mutter. „Wenn die Kinder ihre Motivation verlieren, beginnen die Probleme.“ Fatima Haliti war Radiojournalistin in Prizren. Sie floh mit ihren Kindern aus der Heimat, nachdem Serben der Roma-Familie zweimal das Haus abgebrannt und sie weiter angegriffen und bedroht haben. „Roma werden im Kosovo als ethnische Minderheit angefeindet, diskriminiert, geschlagen – und die Regierung verschließt die Augen“, erzählt die 45-Jährige. Auf der Flucht durch Serbien erlitten die Drei einen Busunfall, sie schlugen sich trotzdem über Ungarn bis München durch, seit Anfang 2015 sind sie in Leipzig. Fatima Haliti spricht vier Sprachen, sie hat zwei Deutschkurse besucht und will bald den nächsten beginnen. Für 1,05 Euro pro Stunde ist sie als Dolmetscherin bei der Heilsarmee tätig. „Wir wollen kein Geld“, sagt sie. „Wir wollen nur eine Chance.“

Betreuerin Lackert versucht zu helfen, führt Gespräche mit Lehrkräften und der sächsischen Bildungsbürokratie. Aber sie weiß: Bis zur Anerkennung von Schulabschlüssen können zwei Jahre vergehen. „Wir kriegen Pajazit nirgendwo unter, solange er nur Kopfnote bekommt“, bedauert sie. Andere Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses haben es leichter. Sie erhalten Hilfe von engagierten Nachbarn, die zu Sprachtrainings und zur Nachhilfe ins Flüchtlingshaus kommen oder Kinder betreuen, während die Eltern Deutschkurse absolvieren. „Das“, sagt Lackert, „ist erlebte Willkommenskultur.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist



MARLIS TEPE



Foto: Kay Herschelmann

WIR haben die Wahl!

Die Politik geht in den Wahlkampfmodus: Acht Landtagswahlen und eine Bundestagswahl stehen bis Herbst 2017 an. Statt Herausforderungen, gerade in der Flüchtlingspolitik, zielorientiert anzupacken, verschärft sich der Ton. Umfragewerte der AfD lösen hektische Reaktionen aus, die populistisch wirken und voraussichtlich eher der AfD nützen. Warum eine Kopie wählen? Dann doch lieber gleich das Original! Die politische Arithmetik droht, sich dauerhaft zu verschieben. Ziehen bis zu sechs Parteien in die Parlamente ein, lautet das Ergebnis fast immer: Große Koalition unter Führung der CDU. Politik, die getrieben wirkt und einen chaotischen Eindruck macht, ist eine schlechte Grundlage für demokratische Meinungs- und Willensbildung. Was gut täte, wäre eine „Normalpolitik“, die sich den Herausforderungen stellt und Probleme strukturell angeht. Nur so kann Vertrauen zurückgewonnen werden.

Gerade in der Bildungspolitik werden jetzt Versäumnisse der Vergangenheit deutlich: Eine flächendeckende Vollversorgung mit Lehrkräften mit ausreichenden zeitlichen Ressourcen für inklusive Bildung und Reserven für Vertretungsstunden fehlen schon länger. Die Folge: Arbeitsverdichtung und Unterrichtsausfall. Die Befürchtung, die Unterrichtsversorgung könne sich durch zusätzliche Klassen oder ergänzenden Sprachunterricht für Geflüchtete und Asylsuchende weiter verschlechtern, schürt bei vielen Eltern genau die Ängste, die Rechtspopulisten nutzen, ohne Lösungen aufzuzeigen. Und bei den Lehrkräften entsteht das Gefühl, politisches Handeln werde ohne Rücksicht auf den pädagogischen Alltag auf ihrem Rücken ausgetragen. Das richtige Konzept lautet: qualitativer und quantitativer Ausbau des Bildungswesens!

Beispiel 2: Die Beschäftigungssituation der Lehrkräfte, die Integrationskurse leiten, ist prekär, nun tauschen sie Selbstständigkeit auf Hartz-IV-Niveau mit sozialversicherten Anstellungen an Schulen. Das Ziel, mehr Integrationskurse anzubieten, droht deshalb verfehlt zu werden. Wieder ein hausgemachtes Problem: Prekäre Beschäftigung führt zur Abstimmung mit

den Füßen. Die gestiegene Zuwanderung nach Deutschland zeigt die Spitze des Eisbergs besonders deutlich, ist aber nicht die Ursache der Probleme.

Die AfD bietet keine Lösungen an. In ihren „Leitlinien“ wird deutlich, dass Bildung Aufgabe der Familie ist, nicht von Kitas und Schulen, die Schuldenbremse scheint heilig, staatliche Einnahmen zu erhöhen, ist kein Thema. Diese Partei hat nichts zu bieten, was zu besserer Bildung verhilft. Sie behauptet sogar, die Integration von Asylsuchenden aus Kriegsgebieten sei nicht nötig, da diese Menschen Deutschland in absehbarer Zeit sowieso verlassen müssten. Sie setzt auf Rechtspopulismus, leistet sich rassistische Entgleisungen, tritt für antidemokratische gesellschaftliche Werte ein und verursacht dauerhafte Entscheidungsblockaden. Die AfD lebt von ihrer Verantwortungslosigkeit und vom schlechten Bild, das die anderen Parteien abgeben. Was tun?

- Wählen gehen und demokratische Parteien wählen!

Geringe Wahlbeteiligung nützt nur den Rechten, die massiv von der Abwanderung bei den anderen Parteien profitiert haben. Wahlanalysen zeigen, dass die AfD ihre Erfolge nicht bei den Nichtwählerinnen und -wählern erzielt. Apropos Nichtwähler: Auch die sinkende Wahlbeteiligung verweist auf ein bildungspolitisches Versäumnis: Politische Bildung wurde an unseren Schulen zurückgefahren. Das zeigt heute Folgen.

- Sich aktiv einmischen!

Die GEW wird auf die Wahlprogramme Einfluss nehmen. Noch wichtiger ist, dass bildungspolitische Inhalte auch in Regierungsprogrammen und Koalitionsvereinbarungen einen Schwerpunkt bilden und die Finanzierung der Bildung OECD-Niveau erreicht. Dafür setzt sich die GEW ein. In der Demokratie gibt es viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Am Wahltag heißt es, das aktive Wahlrecht zu nutzen. Denn: WIR haben die Wahl!

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

„Gläserne Bildungsbiographie“

// Heft 4/2015 der „DDS – Die Deutsche Schule“*, die der GEW-Hauptvorstand herausgibt, beschäftigt sich im Schwerpunkt mit dem Thema „Bildungsbiographie und Schulstatistik“. //

2003 hat die Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen, eine einheitliche Grundlage für schulstatistische Individualdaten (anonymisierte Einzeldatensätze jeweils für Schulen, Klassen, Unterrichtseinheiten und Personen) zu schaffen und diese im Längsschnitt miteinander zu verknüpfen. Was zwingend voraussetzt, die einzelnen Erhebungen in den Ländern zu vereinheitlichen. Auf diese Weise wollen die Kultusminister neue Erkenntnisse über die deutsche Bildungswirklichkeit sowie die Wirksamkeit bildungspolitischer Maßnahmen gewinnen. Weiß man beispielsweise „ohne Verknüpfung“ nur, wie viele junge Menschen in einem bestimmten Jahr die Schule ohne Abschluss abgebrochen und wie viele einen spezifischen Abschluss erworben haben, so kann man „mit Verknüpfung“ erkennen, welche Schulabbrecher in einem späteren Jahr einen Abschluss nachgeholt oder beispielsweise eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben.

Weiß man „ohne Verknüpfung“ lediglich, wie viele junge Menschen in einem bestimmten Jahr von der Grundschule zum Gymnasium wechselten, so ist erst „mit Verknüpfung“ zu erkennen, wie viele, die dies „mit“ oder „ohne“ Empfehlung ihrer Grundschule gemacht hatten, das Gymnasium vorzeitig wieder verlassen haben.

Weiß man „ohne Verknüpfung“ bloß, wie viele Kinder mit besonderem Förderbedarf in einem bestimmten Schuljahr eine inklusive Schule und wie viele eine Förderschule besuchten, so sieht man nur „mit Verknüpfung“, wer von ihnen früher oder später einen bestimmten Schulabschluss erreicht oder einen Ausbildungsplatz bekommen hat.

Dass Politik und Bildungsbehörden mit ihrem Monitoring-Bedarf danach lechzen, empirische Einzeldaten in einen Zusammenhang zu bringen, ist verständlich – ja nachzuvollziehen. Schließlich müssen sie ihre Maßnahmen rechtfertigen

und finanzieren. Und dass die Bildungsforschung begierig die Chance, Datensätze miteinander verbinden zu können, aufgreift, ist ebenfalls plausibel. Schließlich will Wissenschaft nicht nur Momentaufnahmen aufspüren, sondern Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge aufdecken.

Hoffen auf mehr Klarheit

Dahinter steht die Hoffnung, dass mehr Klarheit über Verläufe von Bildungsbiographien politisches Handeln besser begründen und anleiten kann. Fakt ist: Rein deskriptives Wissen hilft hier, das haben die vergangenen Jahre gezeigt, oft nicht weiter.

Nützt sie also allen – die „gläserne Bildungsbiographie“?

Nein, nicht, wenn der bzw. die Einzelne in dem „Glas“ identifiziert werden kann. Denn dann verfügen diejenigen, die Zugänge zu den Daten haben, über ein Herrschaftswissen. Das steht niemandem zu.

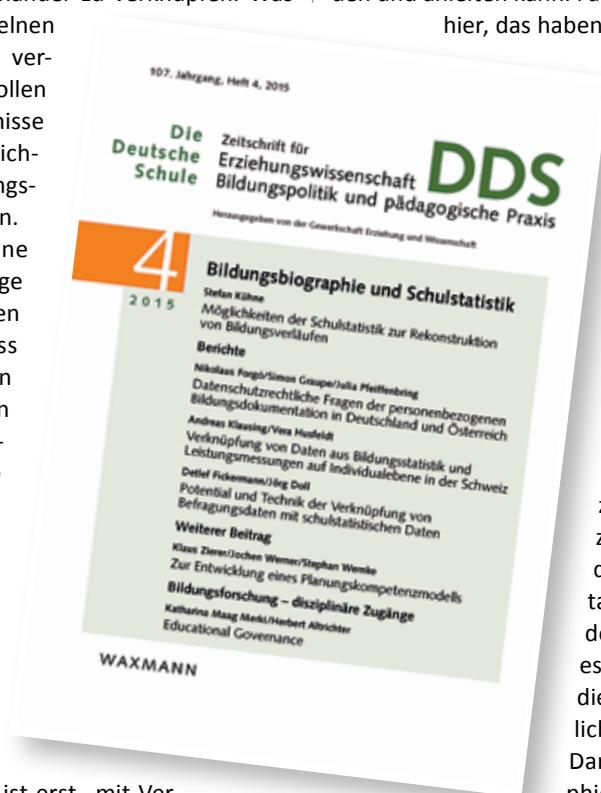
Ja, wenn das „Glas“ zwar alle Einzelmerkmale eines empirischen Einzelbefundes enthält, aber keine Spur mehr zum Träger oder zur Trägerin der Merkmale zurückzuverfolgen ist. Dann – und nur dann – kann die Bildungsforschung tatsächlich etwas darüber herausfinden, ob das Bildungssystem hält, was es verspricht, ob die Maßnahmen, die die KMK in die Wege leitet, tatsächlich „greifen“ oder Makulatur sind.

Damit die „gläserne Bildungsbiographie“ realisiert werden kann, bedarf es

einer datenschutzrechtlich strengen Lösung: Es braucht eine dritte, an Bildungsverwaltung und -forschung unbeteiligte Stelle, die sozusagen die „Brücke“ baut, die die aus der wissenschaftlichen Analyse entnommenen Daten vernetzt und sie zugleich anonymisiert. Dann nützt das „Glas“ möglicherweise allen politisch Handelnden.

Sylvia Schütze,
Leiterin der Geschäftsstelle der DDS

*Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten:
www.dds-home.de



„Abitur im eigenen

// „Abitur im eigenen Takt“ – ein Modell der Zukunft? Eine Veranstaltung der GEW Hamburg Ende vergangenen Jahres hat gezeigt, dass ein anderer Weg zum Abitur mehr Chancengleichheit bietet. //

Während der Veranstaltung in der Hansestadt war man sich weitgehend einig, dass das Modell „Abitur im eigenen Takt“ im Prinzip die richtige Antwort auf die Widersprüche des gegliederten Schulsystems sei. Wesentlich zu diesem Konsens beigetragen hatte Referent Friedemann Stöffler, der schon seit einiger Zeit versucht, ein Modellprojekt in Baden-Württemberg zu initiieren: Schülerinnen und Schüler sollten selbst entscheiden können, wann sie welches Lern-Modul fürs Abitur erbringen wollen.

Vom Schüler, von der Schülerin her zu denken – das ist Stöfflers Credo. Niemand würde die Qualifikation einer Akademikerin oder eines Akademikers in Frage stellen, gleich, ob sie oder er acht, zehn oder zwölf Semester für das Studium benötigt, betonte der Lehrer für Religion und Mathematik an einem Gymnasium in Baden-Württemberg, um sein Konzept zu untermauern. Ebenso würde niemand die Fahrqualität eines Autofahrers anzweifeln, ob dieser nun zehn oder 25 Fahrstunden für den Führerschein gebraucht hat. Nur in der Schule sei

alles anders. Dort dominiere, so Stöffler, der Gleichschritt. Und dies, obwohl man wisse, dass die individuellen Voraussetzungen für das Lernen derzeit ungleicher nicht sein könnten. Migration und die aktuelle Zuwanderung verstärkten das noch, ganz abgesehen von den Implikationen, die die Inklusion mit sich bringt. Kurzum: Die Verhältnisse „schrien“ geradezu nach einer Abi-Reform.

Lernen in Modulen

Dabei wäre ein anderer Weg zum Abitur im Sinne Stöfflers auf den zweiten Blick gar nicht so revolutionär, wie es zunächst aussieht. Denn das Lernen in Modulen knüpft an das bestehende System an. Das zeigt sich in Hamburg am deutlichsten an den großen ehemaligen kooperativen oder auch additiven Gesamtschulen, aus denen nach der Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems Stadtteilschulen mit Gymnasium wurden. Die Heinrich-Hertz-Schule etwa sortiert nach der 6. Jahrgangsstufe die Schülerinnen und Schüler in einen Gymnasial- und einen Stadtteilschulzweig. Jugendliche, die Letzteren besuchen und den Sprung in die Oberstufe schaffen – dies gelingt rund der Hälfte eines Jahrgangs –, werden nach einem Jahr Vorbereitung dann in die gleiche gymnasiale Oberstufe geführt, die ihre Mitschülerinnen und Mitschüler aus dem Gymnasialzweig ein Jahr zuvor durchlaufen haben. An dieser



Foto: dpa

Der Lehrer Friedemann Stöffler, Referent der Hamburger GEW-Veranstaltung, plädiert dafür, die gymnasiale Oberstufe zu reformieren. Schülerinnen und Schüler sollen selbst entscheiden können, wann sie welches Lernmodul fürs Abitur erbringen wollen.

Stelle ist das Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium aufgelöst.

Wie sehr die beiden Säulen miteinander verzahnt sind, zeigt noch eine andere Entwicklung: Immer mehr Mädchen und Jungen wechseln nach der 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums auf eine Stadtteilschule, weil sie dort bis zum Abitur mehr Zeit zum Lernen haben. Der Druck der Eltern von Kindern in G8-Klassen war offensichtlich sehr groß, sodass Schulsenator Ties Rabe (SPD) diesem jüngst nachgeben musste – und einen Wechsel von G8 zu G9 offiziell erlaubte. Interessant, wie ein Kollege aus einer Stadtteilschule das kommentierte: Jetzt gönne sich ein Teil der Jugendlichen innerhalb der drei Jahre bis zum Abi ein halbes oder ganzes Auslandsjahr. Genau das sieht das Konzept des „Abiturs im eigenen Takt“ als eine Möglichkeit von vielen vor.

Ist es aber ein „Verrat“ an der Stadtteilschule, wenn Eltern sich nach der 4. Klasse fürs Gymnasium entscheiden,

G10 – Die Finnen machen es bereits

„Die meisten (Finnen) machen Abitur nach drei Jahren. 15 bis 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler brauchen dazu vier Jahre – oft, weil sie ein zeitintensives Hobby oder Lernschwierigkeiten in einem oder mehreren Fächern haben. Einige wollen auch ein möglichst breites Spektrum an Fächern vorweisen im Hinblick auf die strengen Eingangsprüfungen an den Universitäten. Auch eine kürzere Dauer als drei Jahre ist möglich, wenn die geforderten 75 Kurse absolviert sind.“

Anneliese Richter, „Die gymnasiale Oberstufe im finnischen Schulsystem“ in: Friedemann Stöffler, Matthias Förtsch (Hrsg.): „Abitur im eigenen Takt. Die flexible Oberstufe zwischen G8 und G9“, Weinheim 2014

Takt“

um dann, wenn es nicht so gut läuft, ihr Kind nach der 10. Klasse elegant in die Oberstufe der Stadtteilschule wechseln zu lassen? Es war ja mal anders gedacht. Doch der Fehler liegt eher in der Schizophrenie des Zwei-Säulen-Systems als am Elternwillen, der beseelt ist vom Gedanken, für den Nachwuchs das Beste herauszuholen. Wie sollte es anders sein in einem Gesellschaftssystem, das ausschließlich von Konkurrenz geprägt ist?

Einen Spaltbreit geöffnet

Die GEW Hamburg sieht in dem Modell des „Abiturs im eigenen Takt“ auch eine Chance, die Tür zu einer „Schule für alle“ einen Spaltbreit weiter zu öffnen. Es würde Kindern aus bildungsfernen Milieus den Vorteil verschaffen, Defizite besser als bisher kompensieren zu können. Und dies vor allem, wenn es gelänge, das Modell in Anlehnung an Finnland (s. Kasten S. 26) um ein zusätzliches Jahr zu erweitern. Ein G10 also, das für einen kleineren Teil der Schülerinnen und Schüler nichts anderes wäre, als es für jene einmal gewesen ist, die früher dank einer „Ehrenrunde“ auch erst nach

14 Jahren das Abitur machten. Denn wenn die Ergebnisse der Untersuchungen des bundesweit anerkannten Hamburger Bildungsforschers Ulrich Vieluf richtig sind, wonach die Lernzuwächse der G9-Schülerinnen und -Schüler in den Oberstufen der Stadtteilschulen größer sind als die der Gymnasiasten in diesem Zeitraum, böte das G10-Modell die Möglichkeit, die Abschlüsse weiter anzugleichen.*

Eine Chance auch für die Wirtschafts- und Technischen Gymnasien in Hamburg. Diese laufen gegenwärtig Gefahr auszutrocknen, weil sich immer mehr Stadtteilschülerinnen und -schüler, denen der Sprung in die Oberstufe gelingt, entscheiden, an ihrer Schule zu bleiben. Eine Integration beruflicher Gymnasien über das Angebot modularer Abschlüsse läge somit auf der Hand. Das alles macht noch einmal deutlich: Wo, wenn nicht in einem Stadtstaat wie Hamburg – und dies gilt ebenso für Ballungszentren, in denen unterschiedliche Schulformen dicht beieinander liegen – ließe sich die Idee des „Abiturs im eigenen Takt“ besser realisieren?

Die Chance, diese Reform politisch zu lancieren, liegt darin, dass sie nicht nur sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern bessere Bildungskarrieren eröffnen, sondern auch Heranwachsenden mit guten Startbedingungen dazu

verhelfen könnte, die Reifeprüfung auf einem weniger stressigen und damit vielleicht erfolgreicherem Weg zu machen.

Joachim Geffers,
Redaktionsleiter der Hamburger
Lehrerzeitung (hlz)

***Nach Beschlusslage der GEW Hamburg ein bedeutender Schritt in Richtung mehr Chancengleichheit**



Das Buch „Abitur im eigenen Takt“ zeigt einen anderen Weg auf, die Reifeprüfung zu machen.



Mitdiskutieren
www.gew.de/
EundW

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtdarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

■ **Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Extra günstige Kredite für Sparflüche
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen gigantisch günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wir vergleichen, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit

2,77% effektiver Jahreszins

5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lzf. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lzf. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, effektiver Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 46.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldenversicherung

Erziehung und Wissenschaft | 02/2016

„Sonstige Beschäftigte“

// Seit 2004 gibt es Studiengänge für Kindheitspädagogik. Die Tarifverträge für die Kita-Beschäftigten bilden diese Entwicklung jedoch (noch) nicht ab. Die Mehrheit der Kindheitspädagoginnen und -pädagogen wird nicht entsprechend ihrer akademischen Qualifikation bezahlt. //

Seit April 2015 darf sich Kerstin F.* Kindheitspädagogin nennen und kann auf einen Bachelor-Abschluss im Studienfach „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ verweisen. Erworben hat sie diesen akademischen Grad an der Fachhochschule (FH) Potsdam. Allerdings bringt er ihr keinen finanziellen Vorteil. Die 24-Jährige arbeitet als Erzieherin in einer Kita in Berlin, verdient dort rund 2 300 Euro brutto – wie ihre Kolleginnen mit einem Fachschulabschluss. Der Träger bezahlt seine Erzieherinnen und Erzieher zwar angelehnt an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) der Kommunen und hat ihr dreieinhalbjähriges Studium als Berufserfahrung angerechnet, entlohnt sie aber nicht gemäß ihrer akademischen Ausbildung. Für die Bachelor-Absolventin bedeutet das rund 1 000 Euro brutto weniger im Monat.

Bundesweit haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mittlerweile knapp 3 000 Fachkräfte, die als pädagogisches Personal in Kindertagesstätten arbeiten, einen Abschluss als Kindheitspädagogin bzw. -pädagoge. Im Vergleich zu den rund 354 000 an Fachschulen ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern ist dies zwar noch ein geringer Anteil, der aber stetig steigt – zwischen 2013 und 2014 hat sich die Zahl der Kindheitspädagogen verdoppelt. Überall herumgesprochen hat sich das noch nicht, sodass Bewerberinnen und Bewerber mit Hochschulabschluss bei Vorstellungsgesprächen immer noch damit rechnen müssen, nicht als „vollwertig“ zu gelten.

Diese Erfahrung hat auch Anna Heinrich gemacht. Die Stuttgarterin stellte sich vor zwei Jahren als frisch gebackene Hochschulabsolventin an einer Kita in Baden-Württemberg vor. Als das Gespräch auf die Bezahlung gekommen sei, habe die Kita-Leiterin gemeint, da sie keine Erzieherin sei, könne man sie nur in Entgeltgruppe 3 einstufen, erzählt Heinrich; nach sieben Semestern Studium an der FH Freiburg wäre die Kindheitspädagogin mit einer Kinderpflegerin finanziell gleichgestellt wor-

den. Die 34-Jährige wies das Angebot zurück. Heute arbeitet sie als Gruppenleiterin in einer kommunalen Kita, eingruppiert in Stufe 8 mit einem Monatsbrutto von knapp 2 700 Euro.

Arbeitgeber blockieren

Damit liegt sie unter der Gehaltsgruppe der Sozialpädagogen. Üblicherweise werden diese im Öffentlichen Dienst ab Entgeltgruppe 11 eingruppiert. Die GEW fordert auch für Kindheitspädagoginnen und -pädagogen eine ihrer akademischen Qualifikation entsprechende Bezahlung. Die Arbeitgeber lehnen das bislang ab (s. E&W 5 und 6/2015). Norbert Hocke, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich, sieht jedoch auch die Länder in der Pflicht. Da die staatliche Anerkennung der Studienabschlüsse und der Berufsbezeichnungen sich verzögert habe bzw. in einigen Ländern bis heute ausstehe, würden Kindheitspädagogen von manchem Träger als „Sonstige Beschäftigte“ sogar noch eine Stufe niedriger als Erzieherinnen eingruppiert, kritisiert Hocke.

Zudem sind die Arbeitgeber gegenüber den akademisch gebildeten Fachkräften nach wie vor zurückhaltend. So ergab eine Umfrage des Bundesfamilienministeriums 2013, dass sich 89 Prozent der Kita-Leitungen für die Betreuung der Kinder, die jünger als drei Jahre alt sind, eine Erzieherin bzw. einen Erzieher wünschen, nur 32 Prozent können sich auch eine Fachkraft mit Hochschulabschluss vorstellen. Die Erziehungswissenschaftlerin Kirsten Fuchs-Rechlin erwartet deshalb, dass sich an den vergleichsweise schlechten Verdienstchancen der Kindheitspädagoginnen so schnell nichts ändern wird. Eine höhere Bezahlung könnten diese Beschäftigten lediglich „in Verbindung mit Leitungspositionen“ erreichen.

Einen solchen Posten könnte auch Kerstin F. aufgrund ihrer Hochschulausbildung ausüben, doch nur theoretisch;



Rückblick auf die Großdemo am 28. Mai vergangenen Jahres in Frankfurt am Main: 16 000 Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes, darunter auch viele Kindheitspädagoginnen, streikten für eine Aufwertung ihres Berufes.

Foto: Alexander Paul Englert



mit Bachelor

aufgrund ihrer geringen Berufserfahrung sei dies illusorisch, sagt sie. Sie plant, noch in diesem Jahr mit ihrem Masterstudium zu beginnen. Als Erzieherin will sie danach nicht mehr arbeiten, sondern sich in der pädagogischen Beratungsbranche selbstständig machen.

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

***Name geändert**

Studiendatenbank der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (wiff):

www.weiterbildungsinitiative.de;

ÜFA-Projekt:

www.projekt-uebergang.de;

Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit:

www.bag-bek.eu

Zum Studiengang Kindheitspädagogik

- Kindheitspädagogische Studiengänge gibt es seit 2004. Bundesweit existieren heute mehr als 100 solcher Studiengänge – meist mit Bachelorabschluss. Weiterbildungsangebote, die zu Leitungs- und Managementtätigkeiten in Kitas qualifizieren, bieten 22 Hochschulen an.
- 13 Bundesländer haben die Berufsbezeichnung „Kindheitspädagogin/-pädagoge“ eingeführt und staatlich anerkannt. In Rheinland-Pfalz ist der Studiengang mit der Anerkennung als „Sozialpädagogin/-pädagoge“ verknüpft, Bremen verwendet die Berufsbezeichnung „Elementarpädagogin/-pädagoge“. In Sachsen-Anhalt und Niedersachsen ist geplant, die Anerkennung gesetzlich zu verankern. Voraussetzung dafür ist ein entsprechender Praxisanteil im Studium von mindestens 20 Wochen.
- Die ersten Ergebnisse der im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) 2013 gestarteten Langzeitstudie „Übergang von fachschul- und hochschulausgebildeten pädagogischen Fachkräften in den Arbeitsmarkt“ (ÜFA/s. Link auf dieser Seite) lassen darauf schließen, dass eine akademische Aufwertung des Erzieherberufs mehr berufliche Sicherheit verspricht. So liegt der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse bei den Kindheitspädagogen mit 41 Prozent unterhalb dem der an Fachschulen ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher (61 Prozent).
- Im Zusammenhang mit der ÜFA-Arbeitskräftebefragung stellte sich heraus, dass 71 Prozent der Kindheitspädagogen in der Kita-Betreuung und 17 Prozent in anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe (z. B. Schulhorte, Erziehungsberatung, Jugendzentren, Eltern- und Familienbildung) arbeiten, aber nur zwölf Prozent in Arbeitsfeldern tätig sind, die einen akademischen Berufsabschluss voraussetzen (z. B. Fort- und Weiterbildung, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Lehre, Forschung). Bei Kindheitspädagogen mit vorheriger abgeschlossener Fachschulausbildung arbeiten auch nach dem Studium 65 Prozent im alten Berufsfeld, zwölf Prozent in anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, 23 Prozent üben Tätigkeiten aus, die ihrer akademischen Qualifikation entsprechen.

J.A.

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherte diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!



Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim

Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim

Tel.: 07931 5493-44

Fax: 07931 5493-50

E-Mail: schmerzlinik@schmerzlinik.com

**Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198**

www.schmerzlinik.com

Schulsozialarbeit hilft

// Rund drei Viertel der Schulabbrecher bekommen keinen Ausbildungsplatz. Um Jugendliche erfolgreich zum Abschluss zu lotsen, spielt auch Schulsozialarbeit eine Rolle. Dort, wo sie eingesetzt wird, hilft sie, die Abbrecherquote zu verringern. //

Das Ziel des Dresdner „Bildungsgipfels“ 2008 ist noch längst nicht erreicht: Noch immer verlässt jeder 18. Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Das ist das Ergebnis der vierten Studie des Deutschen Caritasverbandes*, die bundesweit die Zahlen der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ausgewertet hat. Während ihr Anteil seit 2009 (6,9 Prozent) stetig gesunken war, blieb er von 2012 auf 2013 erstmals konstant bei 5,6 Prozent. In Dresden war indes vereinbart worden, die Quote bis 2015 von acht auf vier Prozent zu halbieren. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind der Caritas-Studie zufolge groß: In Bayern und Hamburg lag

die Zahl der Schulabbrecher bei 4,4 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern bei 9,6 Prozent. In den Kreisen und kreisfreien Städten waren die Schwankungen noch extremer: So gab es die niedrigste Schulabgängerquote ohne Abschluss in Heidelberg sowie in den Landkreisen Eichstätt und Bad Kissingen mit jeweils 1,7 Prozent, im Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt) lag sie dagegen bei 12,6 Prozent.

Einfache Erklärungen für die großen Unterschiede gibt es nicht. „Wenn die Politik, die Schule, das Arbeitsamt und die Wirtschaft kooperieren, schaffen mehr Jugendliche einen Abschluss“, betont Caritas-Präsident Peter Neher. Neben Bundeslandeffekten, dem Anteil der Förderschüler und der Arbeitslosenquote kann laut Studie eine verlässliche Schulsozialarbeit die Abbrecherquote positiv beeinflussen. Kreise und Städte, denen das gelingt, haben an allen Hauptschulen mindestens einen Schulsozialarbeiter mit einer halben Stelle.

Die Länder fordern seit Jahren, Schulsozialarbeit auszuweiten. Von 2011 bis 2013 konnten die Kommunen durch finanzielle Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes (BuT) rund 3 000 neue Stellen schaffen – ein Plus von 30 Prozent. Durch den Einsatz von Landesmitteln konnten nach Auslaufen des BuT zwar viele erhalten werden (s. E&W 1/2015). Es handle sich dabei aber oft um zeitlich befristete Projekte, die den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen erschwerten, gibt Bernhard Eibeck, Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand, zu bedenken. Er hält „klare und unbefristete Stellen“ für notwendig: mittelfristig eine Vollzeitstelle an jeder Schule, langfristig pro 150 Schüler eine volle Stelle.

Vorbild Heidelberg

Die Geschwister-Scholl-Schule in Heidelberg in Baden-Württemberg gehört mit Blick auf den erfolgreichen Hauptschulabschluss ihrer Schülerinnen und Schüler zu den Vorzeigeschulen. „Wenn bei uns viele durchfallen, sind



Die Geschwister-Scholl-Schule in Heidelberg in Baden-Württemberg gehört mit Blick auf einen erfolgreichen Hauptschulabschluss ihrer Schülerinnen und Schüler zu den Vorzeigeeinrichtungen. Dazu trägt auch Schulsozialarbeit bei. Sozialarbeiter Rainer Schlegel (links): „Ich unterstütze die Lernenden dabei, ihren Schulalltag zu bewältigen.“

Foto: Rainer Schlegel

Blick in die Länder

Bundesweite Zahlen zur Schulsozialarbeit liegen nicht vor. Nach Schätzungen der GEW arbeiten in Deutschland rund 10 000 Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter. Eine Umfrage bei einigen Landesministerien ergab folgende Zahlen, die aufgrund unterschiedlicher Strukturen und Finanzierungen indes weder vollständig noch direkt miteinander zu vergleichen sind.

Baden-Württemberg:

Derzeit gibt es 1 305 Stellen und 1 977 Fachkräfte.

Bayern:

Durch das Programm „Jugendsozialarbeit an Schulen“ des Sozialministeriums werden aktuell rund 640 Stellen an 890 Einsatzorten gefördert.

Berlin:

Im Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ sind derzeit 365 Sozialpädagogen auf 244 Stellen tätig.

Mecklenburg-Vorpommern:

Momentan sind 198 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Schulsozialarbeiterinnen im Einsatz, außerdem 212 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes (BuT) – und elf kommunal finanzierte sozialpädagogische Fachkräfte.

Nordrhein-Westfalen:

Zu Beginn des Schuljahres gab es 903 Landesstellen und 1 148 Beschäftigte (ohne frühere BuT-Stellen, für die das Land die weitere Förderung bis 2017 übernimmt).

N.E.

chen. „Ich unterstütze die Schüler dabei, ihren Schulalltag zu bewältigen“, sagt er. „Fast alle kommen regelmäßig zur Schule, aber nicht alle kriegen im Unterricht genug mit.“ Sind etwa familiäre Probleme der Grund, spricht Schlegel auch mal mit den Eltern. Auch für ihn ist „der freie Kopf“ wesentlich für den Schulerfolg.

Die Klassenlehrerin einer achten Klasse, Katharina Stadelhofer, schätzt Schlegels Fachwissen, das Lehrkräfte ihrer Einschätzung nach trotz Praktika und Fortbildungen nicht in dem Maß haben. Seit sie ihre Schülerinnen und Schüler in der fünften Klasse übernahm, arbeiten Schlegel und Stadelhofer eng zusammen. „Er erlebt die Kinder auch allein und kennt sie nochmal ganz anders“, betont das GEW-Mitglied. Außerdem habe er mehr Zeit für Einzelgespräche: „Ich muss auch mit meinem Unterrichtsstoff durchkommen.“

Seit 2002 wird Schulsozialarbeit in Heidelberg flächendeckend an Haupt- und Förderschulen angeboten und stetig auf alle Schulformen erweitert. An der Geschwister-Scholl-Schule gibt es zudem seit Jahren Joblotsen, die sich mit um Praktika und Ausbildungsverträge für die Jugendlichen kümmern – und diese damit auch für einen erfolgreichen Abschluss motivieren.

Negativschlagzeilen

In Sachsen-Anhalt, wo der Landkreis Mansfeld-Südharz Negativschlagzeilen machte, verließen 2013 mehr als neun Prozent die Schule ohne Abschluss – auch wenn die Quote im Vergleich zum Vorjahr um fast zwei Prozentpunkte sank. Die Zahl der Förder- und Sonderschüler ist in Sachsen-Anhalt seit Jahren besonders hoch (2013: 6,1 Prozent). Selbst wenn diese Jugendlichen mit Erreichen des Abschlusses für Lernbehinderte von der Schule gehen, fallen sie statistisch unter die Abgänger ohne Hauptschulabschluss. Der Bedeutung von Schulsozialarbeit ist man sich indes auch in Sachsen-Anhalt bewusst: Seit dem Schuljahr 2008/2009 gibt es das mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds für Deutschland (ESF) finanzierte Programm „Schulerfolg sichern“ mit Schwerpunkt Schulsozialarbeit. Bis 2015 wurden rund 210 Stellen an 200

Schulen gefördert, in der neuen Förderperiode wird die Zahl auf 380 Stellen an 350 Schulen steigen.

Flächendeckend seien die Sekundarschulen allerdings noch nicht versorgt, sagt Franziska Lau, Projektleiterin der landesweiten Koordinierungsstelle „Schulerfolg sichern“ bei der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJ)**. Schon heute stelle sich die drängende Frage: Was passiert nach dem Ende der Förderperiode im Jahr 2020 – oder auch schon eher? Die aktuellen Projekte sind Lau zufolge bis 2018 finanziert. Doch die Koordinatorin weiß: „Verlässlichkeit ist wichtig.“

Auch die 2015 amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), die sächsische Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU), betonte: „Schulsozialarbeit ist eine zentrale Maßnahme, um bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche wirksamer zu fördern – gerade an Schulen mit dem Bildungsgang Hauptschule und an Förderschulen – und um die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zu verringern.“ Die Länder müssten finanziell in die Lage versetzt werden, „ihr Angebot unter anderem an Schulsozialarbeit bedarfsgerecht noch mehr auszuweiten“. Der Bundeselternrat forderte Ende 2014 ein dauerhaftes Bundesprogramm für jede Schule. Kinder- und Jugendsozialarbeit sei „ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, dem sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam stellen müssen“, betonte der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Pabel. Dem erteilte Kurth vergangenes Jahr in einem „Handelsblatt“-Interview eine Absage: Der Bund habe das BAföG komplett übernommen. Die gesparten 1,2 Milliarden Euro pro Jahr müssten die Länder nun in der Bildung einsetzen.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/kinderundjugendliche/bildungschancen/bildungschancen
**Landesweite Koordinierungsstelle „Schulerfolg sichern“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJ):
www.schulerfolg-sichern.de/

es zwei“, sagt die Leiterin der Gemeinschaftsschule, Sabine Horn. „Meist schaffen es alle.“ Dazu trägt ihr zufolge auch die Schulsozialarbeit bei: Die Schülerinnen und Schüler könnten in Gesprächen „nichtschulische Sachen, die sie von zuhause mitbringen, abkippen, um den Kopf wieder frei zum Lernen zu haben“. Schulsozialarbeiter Rainer Schlegel ist seit 18 Jahren in Vollzeit an der Ganztagschule tätig und immer zu errei-

Schulsozialarbeit systematisch ausbauen!



BUNDES
KONGRESS
**SCHULSOZIAL
ARBEIT**

Eine Initiative
des Kooperationsverbundes
Schulsozialarbeit

// „Transformation, Energie, Chancen“, lautete das Motto des zweiten Bundeskongresses Schulsozialarbeit, der im Dezember 2015 in Dortmund stattgefunden hat. Die zweitägige Veranstaltung war nicht nur Diskussionsforum, in dem aktuelle Entwicklungen in einem sich ständig verändernden Berufsfeld beleuchtet wurden. Sie hatte auch einen deutlichen politischen Akzent, der in der „Dortmunder Erklärung“* mit dem Appell mündete, Schulsozialarbeit weiter auszubauen. //

Auf 150 Schülerinnen und Schüler solle, so die Verfasser, mindestens eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeiter kommen: Das wären bundesweit 62 000 neue Stellen. Die Kosten: 3,6 Milliarden Euro jährlich, die Ausgaben für das Schulwesen würden sich damit um sechs Prozent erhöhen. Zudem fordern die Autoren, dass Schulsozialarbeit als fachlich aus der Kinder- und Jugendhilfe begründetes Angebot bundesweit verbindlich geregelt sowie qualitativ abgesichert und dauerhaft etabliert werden müsse. Bund, Länder und Kommunen müssten daher verlässliche Formen der Kooperation entwickeln und dabei Subsidiarität und Trägervielfalt gewährleisten. „Der Ausbau der Schulsozialarbeit ist zusätzlich zur sozialpädagogischen Unterstützung für geflüchtete Kinder und Jugendliche zu sehen. Lehrkräfte sollen mit der Aufarbeitung der Flucht sowie der Integration in die Gemeinschaft nicht allein gelassen werden“, sagte Wolfgang Foltin, Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Schulsozialarbeit, die zusammen mit der Stadt, der Fachhochschule Dortmund und dem Kooperationsverbund Schulsozialarbeit, dem auch die GEW angehört, den Kongress organisiert hatte.



Sanem Kleff, Leiterin der Bundeskoordination der Initiative „Schule ohne Rassismus“, macht sich dafür stark, die Profession der Schulsozialarbeit verlässlich in der Schule zu verankern.

Sanem Kleff, Leiterin der Bundeskoordination der Initiative „Schule ohne Rassismus“, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „Schule einen entscheidenden Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben“ leiste. Deshalb seien soziales Lernen und somit die Profession der Schulsozialarbeit verlässlich in der Schule zu verankern.



Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, forderte eine umfassende Bildungsreform.

Jutta Allmendinger, Professorin an der Humboldt Uni Berlin und Präsidentin des dortigen Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB), ging noch einen Schritt weiter und forderte in sieben Thesen eine umfassende Bildungsreform. Zudem räumte sie mit immer wiederkehrenden Legenden im Bereich der Bildung auf. Unter anderem verlangte Allmendinger, „die soziale Selektivität abzuschaffen. Denn Schulsysteme, die nicht selektieren, zeigen höhere Kompetenzen und Leistungsspitzen“.

Eigenständiges Arbeitsfeld

Die Ruhrmetropole Dortmund als Veranstaltungsort und die damit verbundenen Themen habe man gezielt gewählt, erklärte Bernhard Eibeck, Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand und Mitglied des Organisationsteams: „Wir wollten uns, drei Jahre nach dem ersten Kongress in Hannover, vom Ruhrgebiet, seinen Ideen und Innovationen inspirieren lassen.“ Dort sei es immer wieder gelungen, Energien zu bündeln und Veränderung als Chance zu begreifen. Gastgeberin Nicole Kastirke, Professorin für Erziehungswissenschaft an der FH Dortmund, machte deutlich, worum es während der Tagung, die den rund 800 Teilnehmenden aus Praxis, Trägerorganisationen und Wissenschaft mehr als 50 Vorträge, Arbeitsgruppen und Workshops bot, auch ging: „Schulsozialarbeiter sind oft Einzelkämpfer: Wir wollten mit unserem Bundeskongress ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen, den Gästen Wertschätzung für ihre schwierige und häufig unter fragilen Bedingungen stattfindende Arbeit entgegenbringen. Und dazu beitragen, dass Schulsozialarbeit endlich als eigenständiges Arbeitsfeld etabliert wird.“

Peter Schroers,
Sozialarbeiter und Journalist

**Sie finden die „Dortmunder Erklärung“ im Netz unter:
[www.bundeskongress-schulsozialarbeit.de/dwnld/
Die_Dortmunder_Erklärung_Digital_final.pdf](http://www.bundeskongress-schulsozialarbeit.de/dwnld/Die_Dortmunder_Erklärung_Digital_final.pdf)**



Am malerischen Gimsee in Masuren findet die Sommerakademie der GEW statt.

Foto: GEW

Brücken bauen

// Die Masurenakademie von GEW und Solidarność findet vom 21. Juli bis 3. August 2016 in der Nähe von Olsztyn/Allenstein in Polen statt. //

Bei den jüngsten Wahlen hat die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die absolute Mehrheit im polnischen Parlament, dem Sejm, errungen. Auf der Oppositionsbank sitzen nun konservative, nationalistische und wirtschaftsliberale Parteien. Eine linke Partei ist im Sejm nicht mehr vertreten. Die neue Regierung setzt ihr in Europa äußerst umstrittenes Programm mit ungeahnter Geschwindigkeit um. In dieser Großwetterlage findet im Sommer die Masurenakademie von GEW und Solidarność statt. Je knapp zwanzig polnische und deutsche Kolleginnen und Kollegen treffen sich am malerischen Gimsee in Masuren, um die Sprache des jeweils anderen zu lernen. Neben hochwertigen Sprachkursen in Kleingruppen bleibt Zeit für Erfahrungsaustausch. Teilnehmende berichten in kurzen Präsentationen über ihre pädagogische oder gewerkschaftliche Arbeit, kreative und sportliche Workshops bereichern das Programm. Nachmittags laden der See und die waldreiche Umgebung ein zum Kanu-

fahren, Wandern oder einfach zum Sonnenbaden. Abends trifft man sich am Lagerfeuer.

Die politische Entwicklung in Polen wird auch Thema des Treffens sein. Das Motto der Masurenakademie lautet seit über 20 Jahren: Brücken bauen. Brücken bauen – zwischen zwei Ländern, die eine komplizierte Geschichte miteinander teilen. Brücken bauen aber auch zwischen zwei Gewerkschaften, die inhaltlich vieles trennt, die aber beide auf ihre Weise versuchen, die Belange der Beschäftigten zu vertreten. Kolleginnen und Kollegen mit Interesse an der polnischen Sprache, an Kultur, Geschichte und Politik sind herzlich eingeladen, in diesem Sommer an den Gimsee zu kommen.

Stefan Pfaff,
Referent für gewerkschaftliche
Weiterbildung, GEW-Hauptvorstand

Weitere Informationen und Anmeldeformular: www.gew.de/veranstaltungen/eventShow/deutsch-polnische-begegnung-von-lehrerinnen-und-lehrern-in-masuren/ Rückfragen gerne auch direkt an manuel.honisch@gew-berlin.de oder astridschrobsdorff@onlinehome.de

STAMM Verlag
E&W Malta
Verlagsreisen **Sonneninsel im Mittelmeer**

8-tägige Flugreise mit Durchführungsgarantie ab/bis München, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Berlin-Tegel

ab € 978,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 115,- p. P.

Abflugtermine	
23.03.16	
29.06.16	
06.07.16	
13.07.16	
20.07.16	
03.08.16	
10.08.16	
17.08.16	
24.08.16	
05.10.16	
12.10.16	
19.10.16	

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tsmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“

Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

➤ Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

➤ Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch:

- **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
- **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
- **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
- das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

➤ Globales Lernen und Portale

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:

- die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
- das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
- das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder



World University Service - Deutsches Komitee e.V.
Tel: 0611/446648 * info@wusgermany.de *
www.wusgermany.de

Jetzt erst recht!

// Verbeamteten GEW-Kolleginnen und -Kollegen in Hessen droht ein Disziplinarverfahren. Der Grund: Sie hatten im Sommer vergangenen Jahres an einem Warnstreik der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes teilgenommen (s. Kasten). //

In und nach den Herbstferien 2015 begannen die mündlichen Anhörungen. Ein teures Unterfangen für das Land, das dafür eigens Juristen befristet eingestellt hat. Da die überwiegende Mehrheit der Betroffenen von ihrem Recht auf Stellungnahme Gebrauch gemacht hat, fielen Unterrichtsstunden aus. Das Vorgehen der Landesregierung ist deshalb nicht nur teuer, sondern auch Verschwendung. Geld war offensichtlich im Landeshaushalt auf einmal in Hülle und Fülle vorhanden. Sobald es aber um notwendige Verbesserungen in der Bildung geht, regiert der Rotstift.

Die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen haben nicht zum ersten Mal gestreikt, um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Seit Mitte der 1990er-Jahre hatten frühere Landesregierungen Hessens jedoch auf förmliche Disziplinarmaßnahmen gegen Streikende verzichtet. 2003, damals regierte die CDU allein, sanktionierte sie den Streik lediglich durch einen Gehaltsabzug für die ausgefallenen Unterrichtsstunden. 2009 unter CDU/FDP-Ägide quittierte der Dienstherr den Streik nicht nur mit Gehaltsabzug, sondern auch mit „Missbilligungen“, aber immer noch unterhalb eines förmlichen Disziplinarverfahrens. Da mussten erst die Grünen an der Landesregierung beteiligt sein, um die disziplinarische Keule zu schwingen.

Fest steht: Die Arbeitsbelastung in den Schulen ist extrem hoch. Hessen ist das Bundesland mit der höchsten Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte. Gleichzeitig verordnete die schwarz-grüne Koalition den Beamtinnen und Beamten be-

Rückblick

Mitte Juni 2015 hatten rund 6 000 Lehrkräfte in Hessen im Rahmen des landesweiten Aktionstages der DGB-Gewerkschaften ihre Arbeit für einen Tag niedergelegt. Anlass: Die schwarz-grüne Regierung hatte sich geweigert, die Gehaltserhöhungen aus dem Tarifabschluss für die angestellten Beschäftigten des Landes vom Frühjahr vergangenen Jahres auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Sie kündigte stattdessen eine 18-monatige Nullrunde (s. E&W 6/2015) an. Ein weiterer Streikgrund: Die von den Tarifparteien 2009 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden pro Woche für Angestellte des öffentlichen Dienstes wurde für Beamte nicht umgesetzt. Zum Hintergrund: Hessen gehört nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) an. Das Land handelt mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen separaten Tarifvertrag aus. B.K.



Streik der GEW Hessen in Wiesbaden am Aktionstag der DGB-Gewerkschaften im Juni 2015: Protest gegen weitere Nullrunden für verbeamtete Lehrkräfte

reits die vierte Nullrunde seit Anfang 2000 und wertete damit deren pädagogische Arbeit deutlich ab.

In den Disziplinierungsmaßnahmen sehen GEW-Mitglieder eine weitere Zumutung. In vielen Personal- und GEW-Streikversammlungen der Kreisverbände solidarisierten sie sich mit Betroffenen und diskutierten, wie der drohenden Strafaktion zu begegnen sei. Das hat allen viel Mut gemacht und den Zusammenhalt in den Kollegien und unter den GEW-Mitgliedern erheblich gestärkt.

Weitere Schritte

Auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen Ende November vergangenen Jahres beschloss der Landesverband weitere Schritte. Ein erster: Die Gewerkschaft hat Kultusminister Alexander Lorz (CDU) mehr als 10 000 Unterschriften von Menschen übergeben, die gegen die Disziplinierungsmaßnahmen protestieren. Klar ist: Die hessischen Lehrkräfte werden sich die Nullrunden, die überhöhte Unterrichtsverpflichtung und die mangelnde Anerkennung ihrer guten und wichtigen pädagogischen Arbeit nicht gefallen lassen. In Hessen stehen Anfang März Kommunalwahlen an. Auch in diesem Zusammenhang wird sich die GEW mit Demonstrationen und Kundgebungen in Frankfurt a. M. und Kassel einmischen. Sie wird auf die maroden Schulgebäude und schlechten Arbeitsbedingungen in allen Bildungseinrichtungen mit Nachdruck aufmerksam machen. Unter dem Motto „Wir bleiben dran!“ werden wir weiter für gute Bildung und eine bessere materielle und personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen im Land und in den Kommunen streiten.

Birgit Koch,
Vorsitzende der GEW Hessen

Streit über „Erziehung nach Auschwitz“

// Die Auseinandersetzung mit der NS-Pädagogik soll einen festen Platz in der Lehrerbildung haben. Dafür plädieren Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in einem Appell an die Kultusminister und Hochschulen in Deutschland. Hintergrund ist ein Streit an der Universität Frankfurt am Main. //

Den Stein ins Rollen gebracht hatte im vergangenen Jahr ein Text des emeritierten Frankfurter Erziehungswissenschaftlers und Publizisten Micha Brumlik. Der Professor klagte seinen ehemaligen Arbeitgeber, die Universität Frankfurt, in der taz öffentlich an und berief sich dabei auf Theodor W. Adorno. Einerseits schmücke sich die Hochschule am Main gern mit dem Namen des Philosophen. Andererseits nehme sie, so Brumliks Vorwurf, Adornos berühmte Überlegungen zu einer „Erziehung nach Auschwitz“ nicht ernst.

Hintergrund ist ein Streit über die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Uni und seinen Leiter Prof. Benjamin Ortmeier. Im Kern geht es dabei um die Frage, welchen Stellenwert die Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie im Lehramtsstudium haben soll. „Einen hohen“, sagen beide Seiten unisono. Aber es gebe unterschiedliche Vorstellungen darüber, in welcher Form das Thema in der Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer verankert werden soll. Anders als bisher erhalten nämlich Studierende nach einer Umstrukturierung im Fachbereich Erziehungswissenschaften keine Credit Points (Leistungspunkte) mehr, wenn sie eine Einführungsvorlesung über die Pädagogik im NS-Staat belegen. Ortmeier, Brumlik und rund 400 andere Unterzeichner des Appells „Erziehung nach Auschwitz“* sehen darin eine Degradierung. Für Brumlik ist klar: „Nach Überzeugung der Akademie für Lehrerbildung und des Fachbereichs Erziehungswissenschaften gehören Kenntnisse über die Geschichte der NS-Pädagogik nicht zu den professionellen Qualifikationen von Lehrerinnen und Lehrern.“ Genau das, so sein Kollege Ortmeier, sei aber Voraussetzung dafür, dass Schulen und Pädagogen auch auf aktuelle antidemokratische und menschenfeindliche Aktionen angemessen reagieren könnten.

Kein „Spezialthema“

In ihrem Appell an die Kultusminister und die Hochschulen in Hessen fordern er und andere Wissenschaftler deshalb, die „Erziehung nach Auschwitz“ im Sinne Adornos nicht als „Spezialthema“ zu behandeln. Stattdessen müsse sie einen festen Platz in der Lehrerbildung in ganz Deutschland haben. Zu den Unterzeichnern des Appells gehört auch die GEW Hessen. Deren Vorsitzender Jochen Nagel kritisiert unter anderem die „prekäre Finanzierung“ der Forschungsstelle NS-Pädagogik. Seit Brumliks Weggang seien Zuwendungen für das Pilotpro-



Prof. Benjamin Ortmeier



Prof. Micha Brumlik

jekt gestrichen und die Einrichtung einer seit 2011 geforderten festen Stelle verhindert worden.

Nun ist es allerdings nicht so, dass Lehramtsstudierende an der Goethe-Universität nichts mehr über die perfiden Mechanismen der NS-Ideologie erfahren könnten. An keiner anderen Universität in Deutschland erhalten angehende Lehrkräfte und Erziehungswissenschaftler bisher ein vergleichbares Angebot. „Die von der Forschungsstelle NS-Pädagogik vertretenen Inhalte sind nach wie vor Teil des Curriculums in den Lehramtsstudiengängen“, wehrt sich deshalb die für Lehre zuständige Vizepräsidentin Tanja Brühl gegen die Vorwürfe.

Die Forderung der Appell-Unterzeichner, dass NS-Pädagogik fester Bestandteil des Lehrstudiums in Deutschland wird, unterstützt Brühl. Es sei wertvoll, wenn sich angehende Lehrkräfte – nicht nur in Frankfurt – wissenschaftlich mit dem Thema auseinandersetzen: „Und zwar nicht nur unter einer historischen Perspektive, sondern auch mit Blick auf aktuelle Konflikte in der Welt.“ Konkrete Ansagen zur künftigen Finanzierung des Frankfurter Pilotprojekts gibt es jedoch von der Hochschulleitung nicht. Vizepräsidentin Brühl verweist auf eine Evaluation der Forschungsstelle, die der Fachbereich Erziehungswissenschaften in Auftrag gegeben hat. Auf dieser Grundlage werde über eine „nachhaltige Weiterführung“ entschieden. Wie nachhaltig und wertvoll die angebotenen Veranstaltungen der Forschungsstelle NS-Pädagogik tatsächlich sind, entscheiden letztlich auch die Studierenden. Die Forschungsstelle hofft, dass das sehr große Interesse auch ohne Credit Points anhält.

Katja Irlle,
freie Journalistin

***Den Appell „Erziehung nach Auschwitz“ finden Sie im Netz unter: <https://forschungsstelle.wordpress.com/2015/10/22/juedische-allgemeine-appell-an-die-kultusminister-22-10-2015/>**

Studienchancen für Geflüchtete

// Das Bemühen, geflüchteten Menschen bessere Zugangschancen zum Studium zu verschaffen, setzt derzeit neue Dynamiken in Gang. Ein Blick auf aktuelle Initiativen. //

Als erste Landesregierung hat Niedersachsen im vergangenen Frühsommer beschlossen, Geflüchteten auch ohne Nachweis einer Berechtigung einen Zugang zum Studium zu ermöglichen – unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Nach bestandem Eingangstest, der eine Hürde darstellt, weil er auch fachunspezifische Kenntnisse prüft, kann die Einschreibung in einen der 250 zulassungsfreien Studiengänge erfolgen. An fünf Universitäten hat das Land Pilotprojekte eingerichtet, die beispielsweise Bildungsberatung und kostenlose Sprachkurse anbieten.*

MINT-Fächer im Saarland

Landesregierung und Universität des Saarlandes kündigten im vergangenen August an, die Rechtsgrundlagen der Hochschule so anzupassen, dass eingewanderte Studienbewerber nach erfolgreich absolviertem Eignungstest und Deutschkurs auch ohne Zeugnisse zum Studium der MINT-Fächer zugelassen werden. Allerdings nur, wenn diese asylberechtigt oder anerkannte Asylbewerber sind. Die Politik fördert in den Bereichen, in denen sie Arbeitskräftebedarf sieht und es eine relative Sicherheit mit Blick auf den Aufenthaltsstatus gibt, damit „investiertes Bildungskapital“ möglichst nicht wieder abwandert – eine breite Teilhabe wird damit nicht gewährleistet.**

Ende vergangenen Jahres hat die Kultusministerkonferenz (KMK) ein einheitliches Verfahren vorgelegt***, das dann gelten soll, wenn Menschen wegen ihrer Flucht keinen Nachweis einer

Hochschulzugangsberechtigung erbringen können. Die Prüfverfahren werden landesintern gewählt. Der jeweilige Aufenthaltsstatus wird nun jedoch zum verbindlichen Kriterium, das zum Abschluss führen kann.

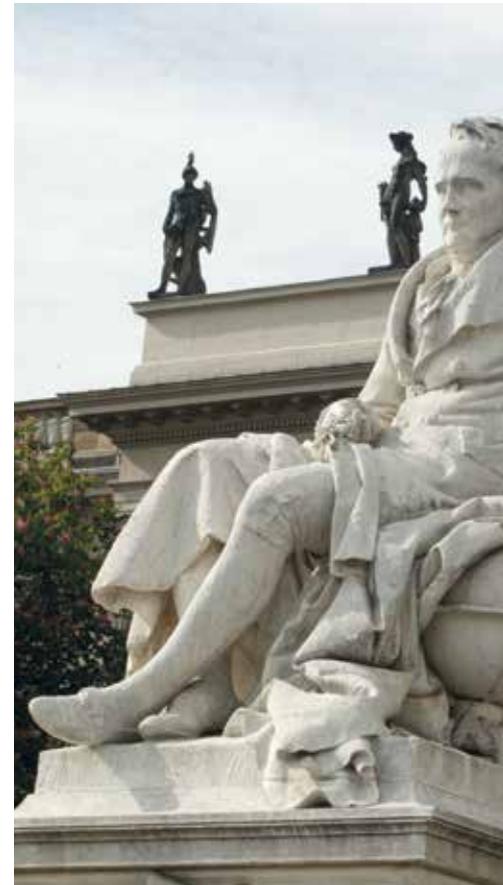
Einige Hochschulen entscheiden sich dafür, geflüchteten Menschen ein Studium auch ohne Beschluss ihrer Landesregierungen zu ermöglichen. So öffnet etwa die Hochschule Magdeburg-Stendal alle Bachelor-Studiengänge, inklusive der zulassungsbeschränkten – selbst bei unvollständiger Aktenlage****.

Überbrückungsangebot

An vielen Hochschulen ist eine Gasthörerschaft geplant oder bereits möglich. Sie soll Wege ins Studium erleichtern und stellt laut Berliner Humboldt-Universität ein „Überbrückungsangebot“ dar*****. Das vermittelt zwar Einblicke, kann aber ein vollwertiges Studium nicht ersetzen: Gasthörer können weder Abschlüsse noch Credit Points erwerben – Hochschulen wollen so verhindern, dass sie sich über einen Umweg Zugang zu zulassungsbeschränkten Studiengängen verschaffen.

„Unterstützende“ Maßnahmen

Im September 2015 hat Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) den Hochschulen „weitreichende“ Unterstützung versprochen. Zum einen dabei, die Studierfähigkeit junger Flüchtlinge festzustellen, zum anderen Sprachkenntnisse zu fördern und Beratung an den Unis auszubauen. So will der Bund Mittel bereitstellen, um z. B. Eingangstests ins Arabische zu übersetzen und zusätzliches Personal einzustellen, damit Eingewanderte die Tests flexibel an verschiedenen Standorten betreut wahrnehmen können. Offen bleibt, mit welchem Test eigentlich die Studierfähigkeit eines Bewerbers nach-



gewiesen werden soll und wie viel Geld Wankas Ministerium dafür investieren will.

Fest steht: Hochschulen sind für Bildung zuständig, nicht für aufenthaltsrechtliche Fragen, zu diesem Kerngeschäft sollten sie wieder zurückkehren. Bis zum KMK-Beschluss im vergangenen Dezember sahen sie sich nicht in der Pflicht, dem aufenthaltsrechtlichen Status Relevanz beizumessen. So prüften beispielsweise die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nur das Hochschulrecht betreffende Fragen; selbst ein vor Studienabschluss endender Aufenthaltstitel hatte bisher keinen Einfluss auf den hochschulrechtlichen Status des Studierenden.

Ob bei der Bewerbung um einen Studienplatz oder im Studium – die Hochschulen müssen Wege finden, sich denen zu öffnen, die (noch) nicht Deutsch sprechen können. Englischsprachige, auch mehrsprachige Lehrangebote sowie Deutschkurse könnten dazu beitragen, bessere Studienbedingungen und -chancen zu schaffen.



Wege ins Studium für geflüchtete junge Menschen bietet zum Beispiel die Humboldt-Universität Berlin: Die Hochschule plant als „Überbrückungsangebot“ eine Gasthörerschaft. Ein vollwertiges Studium ersetzt das allerdings nicht.

Foto: dpa

Spezifische Bedürfnisse

Geflüchtete leben oft randständig, das heißt sie brauchen finanzielle und strukturelle Hilfen, z. B. bei der Wohnungssuche, über Stipendien und durch Verzicht auf Immatrikulations- und Sprachtestkosten. Rechtliche und psychosoziale Beratungen lassen sich zudem in Zusammenarbeit mit außeruniversitären Einrichtungen entwickeln. Hochschule zu öffnen, bedeutet auch immer, das Gesamtgefüge der Institution im Blick zu haben. Dazu gehört es, dass Lehrende Möglichkeiten des Austauschs und der migrationssensiblen Weiterbildung erhalten. Eine rassismuskritische Beschäftigung mit der Institution, dem Handeln, den „Wissensbeständen“ und den Haltungen ist dabei unabdingbar. Eigentlich sollte das längst zum Alltag der Hochschulen gehören.

Susanne Spindler,
Professorin für Soziale Arbeit,
Hochschule Darmstadt

***Frankfurter Rundschau**
25. Juni 2015 und www.studieren-in-niedersachsen.de/fluechtlinge.htm
****Gemeinsame Pressemitteilung**
12. August 2015; www.uni-saarland.de/service/asyl-stud.html
*****www.kmk.org/aktuelles.html:**
Beschluss vom 3. Dezember 2015
******www.hs-magdeburg.de/hochschule/international/wege-an-die-hochschule/studium-fuer-gefluechtete.html**
*******www.hu-berlin.de/de/pr/pressemitteilungen/pm1508/pm_150827_00**

Literaturhinweis:
Borgwardt, Angela/
John-Ohnesorg, Marei/
Zöllner, Jürgen (2015):
Hochschulzugang für Flüchtlinge.
Aktuelle Regelungen in den Bundesländern.
Reihe Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung



DEUTSCHER SCHULVEREIN
BRÜSSEL VZW

Träger der
INTERNATIONALEN DEUTSCHEN SCHULE
BRÜSSEL - gegründet 1951

Die Internationale Deutsche Schule Brüssel sucht ab 1. September 2016

eine(n) Fachlehrer(in) für

- **Chemie und Nebenfach sowie**
- **Biologie und Nebenfach, möglichst Englisch**

Ihre Aufgaben

Als Teil unseres pädagogischen Teams der iDSB sind Sie innerhalb der Fachbereiche Chemie bzw. Biologie, ggfs. unter Begleitung eines erfahrenen Mentors, für die eigenverantwortliche Gestaltung Ihres Unterrichts unter Berücksichtigung der deutschen Richtlinien verantwortlich.

Ihr Profil

- Sie haben eine abgeschlossene Fachausbildung Chemie bzw. Biologie und sind qualifiziert für den Unterricht in der Sekundarstufe I und II.
- Sie besitzen Erfahrung im Oberstufenunterricht sowie in Vorbereitung/Durchführung des Abiturs.
- Sie verfügen über Bereitschaft zur Klassen- und/oder Fachschafts- und Sammlungsleitung.
- Sie sind belastbar, arbeiten eigenverantwortlich und zielorientiert. Im Umgang mit jungen Menschen sind Sie erfahren und aufgeschlossen für neue Lehr- und Lernmethoden.
- Sie sprechen sehr gut Deutsch und haben belastbare Kenntnisse zumindest einer Fremdsprache (Englisch und/oder Französisch).

Da wir auch Berufseinsteigern eine Chance geben möchten, ist auch Ihre Bewerbung in oben genannten Fächern immer sehr willkommen!

Gerne informieren wir Sie bei Einladung zu einem Bewerbungsgespräch über unser leistungsstarkes Gehaltspaket und unsere vorteilhaften Betriebsbenefits.

Ihre aussagekräftige Bewerbung (Motivations schreiben, Lebenslauf und relevante Zeugniskopien) senden Sie bitte an Frau Petra van den Beukel (Personalverwaltung) per E-Mail unter bewerbungen@idsb.eu.

Informationen zu unserer Schule erhalten Sie unter

www.idsb.eu

„Was hat das mit Bildung

// Wie lässt sich Theaterarbeit im Schulalltag integrieren? Wie können Pädagoginnen und Pädagogen Kinder mit Spiel und ästhetischer Bildung fördern? Das Off-Theater nrw aus Neuss zeigt, wie es geht. //

Georg tritt den blauen Ball wütend gegen die Wand. „Schluss mit der Zerstörung des Regenwaldes.“ – „Schluss mit Krieg.“ – „Rettet die Erde.“ Dann wird sein Gang weich, die Arme umschließen die Kunststoffkugel, er legt sie vorsichtig in seine Armbeuge, deckt sie mit einer grünen Decke zu und wiegt sie mit „Laa lee luu ...“ in den Schlaf.

Miguel hat den Star-Wars-Soundtrack eingelegt und drei Türme aus Stühlen vor dem Publikum aufgebaut. Schweigend klettert er vom Tisch, seinem Kommandoposten. Er baut die Türme auseinander, Stuhl für Stuhl – wie eine Armee schiebt er seine Soldaten auf die Zuschauer zu, die eingeschüchtert zurückweichen. Mit starrem Blick schreit Miguel zurück auf seinen Kommandoposten.

Ein Sonntagnachmittag in Neuss. Off-Theater nrw. Applaus, Schluchzen im Publikum. Erschöpft gehen Georg und Miguel



Fotos: Gabriele Undine Meyer

von der Bühne. Sie haben alles gegeben, heute, bei der ersten Performance in ihrem Leben. Sie haben gespürt, wie die Zuschauer mitfiebern. Haben gefühlt, wie es ist, sich verletzlich vor anderen zu zeigen. „Ich hätte nie gedacht, dass Performance so intensiv ist“, sagt Georg. „Und nur, wenn ich das selbst erlebt habe, kann ich meine Erfahrungen vielleicht mal in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern einsetzen.“ Denn darum geht es bei dem Performance-Workshop am Off-Theater nrw.

Der Performance-Workshop ist Teil der theaterpädagogischen Fortbildung, die das Theater seit mehr als 20 Jahren Schulen anbietet. Seit Anfang des Schuljahres sind Georg, Miguel und zwölf Mitstreiter mittendrin. Zwei Jahre dauert der berufsbegleitende Basis-Kurs zum Theaterpädagogen, der in Wochenendworkshops und Ferienseminaren das Grundlagen-Know-how in Punkto Körper- und Stimmarbeit, Schauspiel, Regie, Dramaturgie und Co. vermittelt. „Durchlauferhitzer“ für theaterpädagogische Arbeit nennt das Jürgen Weintz, der die Akademie für Theater, Tanz und Kultur Anfang der 1990er-Jahre gegründet hat.

Hunger auf Theater

Damals war das Interesse an Theater an der Schule noch gering, was hatte Theaterspielen schon mit Bildung zu tun? Bestenfalls gab es hie und da kleine Aufführungen, die engagierte Lehrkräfte aus eigener Initiative auf die Beine stellten. Auch an den Hochschulen war Theaterpädagogik Neuland, die ersten Studienangebote hatten nicht mal

Hauptfachstatus. Doch Weintz faszinierte beides: Schule und Theater. Nach dem Lehramt-Staatsexamen studierte er Theaterpädagogik, gründete zwei freie Kompanien und gab schließlich auf Anfragen des Lehrerfortbildungsinstituts Düsseldorf erste Workshops zu Theaterarbeit in der Pädagogik. „Wir waren sofort ausgebucht“, erinnert sich der Off-Theater-Leiter. „Es gab bei Lehrerinnen und Lehrern einen ungeahnten Hunger auf Theater, wir hatten ungeheuren Hunger auf Schule.“ Denn Weintz wusste, wie sehr junge Menschen von theaterpädagogischer Arbeit profitieren können: Sie lernen verschiedene Darstellungsformen kennen, sich persönlich und künstlerisch auszudrücken, setzen sich intensiv mit ihrer eigenen Persönlichkeit und ihren Mitspielern auseinander, experimentieren mit Rollen, üben Teamarbeit.

Ein Workshop allein reicht freilich nicht, um gute theaterpädagogische Arbeit an die Schule zu bringen. 1993 gründete Weintz daher das Off-Theater nrw und erarbeitete ein umfangreiches Curriculum, das Theorie, Praxis, Organisation und Pädagogik verbindet, moderne Theaterrichtungen einbezieht – vom Bewegungs- und Maskentheater bis zur Performance. Heute ist das Off-Theater eine der größten theaterpädagogischen Fortbildungseinrichtungen in Deutschland. 1 400 Pädagoginnen und Pädagogen aus der ganzen Republik haben mittlerweile an den Fortbildungsgängen teilgenommen. Die Nachfrage ist gewaltig, denn längst hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Theaterarbeit individuelle Entwicklung fördert und zur „künstlerischen Alpha-

Performance 1: Georg, Lehrer an einer Förderschule, umschließt den Weltkugelball in seiner Armbeuge und ruft ins Publikum: „Rettet die Erde!“ – er nimmt wie Miguel (s. Bild S. 39) an einem Theaterworkshop des Off-Theaters nrw für Pädagoginnen und Pädagogen teil.

zu tun?“

betisierung“ (Weintz) gehört, für die es professionell ausgebildete Fachkräfte braucht. Nicht zufällig ist „Darstellendes Spiel“ als Schulfach mittlerweile in den Lehrplänen der meisten Bundesländer verankert, oft auch als Abiturfach zugelassen. Theaterspielen ist „in“. An den Schulen, in Kitas, in der Jugend- und Freizeitpädagogik, in der Flüchtlingshilfe, sogar in der Wirtschaft. Weintz: „Das spiegelt sich bei unseren Teilnehmenden wider: Mittlerweile haben wir 50 Prozent Erzieherinnen, Sozialpädagogen, Trainer, Coaches, die andere Hälfte sind Lehrkräfte.“

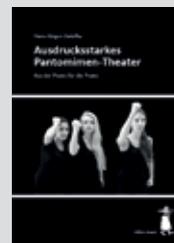
Menschen wie Georg, Lehrer an der Förderschule für geistige Entwicklung im nordrhein-westfälischen Kaarst, der gerade eine Theater-AG aufbaut und mit gruppenspielerischen Spielen und Pantomime experimentiert. „Ich merke, wie sehr das Theaterspiel Selbstvertrauen und Körpergefühl meiner Schülerinnen und Schüler fördert“, sagt Georg. Oder wie Miguel, Mitarbeiter an der Montessori Theaterschule Kassel, der Theaterprojektwochen an Schulen der Region begleitet. „Theaterarbeit stärkt den Klassenzusammenhalt enorm.“ In der Ausbildung am Off-Theater will Miguel neue Methoden kennenlernen, um seine Kids noch besser zu fördern.

Den Moment gestalten

„Okay, seid ihr bereit fürs Frischmachspiel?“, ruft Kursleiterin Gabriele Undine Meyer. „Jaaa“, antworten die Theaterlehrlinge, die im Kreis zusammenstehen. „Tscha“ nach rechts klatschen, „Tschii“ nach links klatschen, immer schneller. Das schult spielerisch die Aufmerksamkeit. Und die ist gleich nötig. Die Abschlussperformance steht an. Eineinhalb Tage hat die Truppe die Kunst der Performance kennengelernt. Hat über Videos bekannter Performance-Künstler diskutiert. Alle haben verstanden, dass diese nicht „irre“ sind, wie es Meyer in Workshops anfangs oft hört, sondern den Blick auf die Welt erweitern wollen. Und sie haben gelernt, dass Performance ohne Textbuch, Rol-

Pantomime im Unterricht

Für die Theaterarbeit an Schulen noch ein Hinweis auf das Buch von Hans-Jürgen Zwiefka: „Ausdrucksstarkes Pantomimen-Theater. Aus der Praxis für die Praxis“ – in der Edition Aragon 2015 erschienen. Zwiefka hat sich während seiner langjährigen Tätigkeit als Lehrer an Grund- und Hauptschulen nebenberuflich intensiv der Pantomime gewidmet und in diesem Kontext zahlreiche Lehrerfortbildungen und Schulprojekte organisiert. Das Buch zeigt auf, dass die Gelegenheiten zum Einsatz pantomimischer Techniken und Inhalte an Schulen vielfältig sind und diese sich besonders für inklusives Lernen eignen.



hari

len, Regisseur und meist ohne Sprache auskommt; dass der Künstler im Mittelpunkt steht und seine Beziehung zum Publikum. Vor allem: dass es darauf ankommt, authentisch den Moment zu gestalten, in den Zuschauern etwas auszulösen, starke Bilder zu erzeugen. Meyer: „Jetzt seid ihr mit einer eigenen Performance dran.“ Kursleiterin Meyer weiß, wie schwer das den Neuen fällt. Gerade weil man sich nicht hinter einem Textbuch verstecken oder in eine Rolle zurückziehen kann. „Man ist völlig auf die eigene Persönlichkeit zurückgeworfen.“ Überfordert das Kinder nicht erst recht? „Im Gegenteil. Wenn Pädagogen wissen, wie sich das anfühlt, und Mädchen und Jungen mit dem richtigen Handwerkszeug Schritt für Schritt heranzuführen, ist Performance hervor-



Performance 2: Miguel befiehlt von seinem „Kommandoposten“ aus eine „Stuhlararmee“. Seine „Stuhlsoldaten“ schiebt er auf das Publikum zu.

ragend für die Schule geeignet.“ Off-Theater-Chef Weintz nickt. „Wir wollen Lehrkräfte ermutigen, unterschiedliche Theaterelemente in den Unterricht zu integrieren.“ Ein zehnmütiges Klatschspiel zum Warm-up am Stundenbeginn zum Beispiel. Oder Standbilder, über die sich Schülerinnen und Schüler gegenseitig von ihrem Sommerurlaub erzählen. Oder szenisches Lernen im Fremdsprachenunterricht. „Und in einer Gesellschaft, die vom Selbstdarstellungskult in Casting-Shows und ‚Selfi-Boom‘ geprägt ist, hilft das Theaterspiel, sich mit dem Thema Rollen und wechselnden Identitäten im Alltag auseinanderzusetzen“, betont der Off-Theater-Leiter. Abschlussrunde. „Wie ist es euch ergangen?“, fragt Dozentin Meyer. Miguel war irritiert, dass seine Stuhlsoldaten nicht alle Zuschauer eingeschüchert haben. „Ich musste improvisieren.“ Georg wollte unbedingt eine tolle Aussage mit seiner Performance überbringen. „Dann habe ich gemerkt, dass es besser ist, einfach alles laufen zu lassen.“ Für Georg steht fest: „In meiner Theater-AG werde ich demnächst mit Performance-Elementen arbeiten. Ich bin mir sicher, es ist toll für die Schülerinnen und Schüler, wenn sie mit dieser freien Ausdrucksform Erfahrungen sammeln können.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

Weitere Infos: Off-Theater nrw, Akademie für Theater, Tanz und Kultur, Tel. 02131 83319, info@off-theater.de, www.off-theater.de

„Freiwilligenfalle“



Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// „Voluntourismus“ ist bei Abiturientinnen und Abiturienten beliebt. Viele arbeiten nach der Schule für ein paar Wochen oder Monate als Aushilfslehrkräfte in Grundschulen Afrikas oder als Betreuer in Waisenhäusern Asiens. Doch nicht selten werden nicht nur die dort betreuten Kinder ausgebeutet, sondern auch viele Freiwillige. //

Dass Kinder in Hotels schufteten müssen oder als Sexsklaven in Touristenhochburgen missbraucht werden, ist vielen Reisenden bekannt (s. E&W 11/2015). Doch kaum ein Urlauber ist sich einer weiteren Ebene bewusst, in der die Tourismusbranche junge Menschen ausnutzt: in einem Bereich, der im Prinzip für das Gegenteil, für Hilfe und sich kennenlernen stehen sollte – dem sogenannten Voluntourismus.

Solche „Freiwilligenreisen“ sind vor allem bei Abiturienten und Schulabgängern, aber auch unter Studierenden beliebt. Die Reisen eröffneten einen neuen Blick auf fremde Kulturen und werteten auch den Lebenslauf auf, locken die Anbieter. Junge Menschen, die diese Angebote annehmen, arbeiten „freiwillig“ meistens in einem Waisenhaus Asiens oder bringen in einer Grundschule afrikanischen Kindern Englisch bei. „Projekte mit Kindern sind nun mal am attraktivsten“, sagt Dorothea Czarnecki von ECPAT Deutschland. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, die Ausbeutung von Kindern im Tourismus einzudämmen (s. E&W 1/2016), fordert strengere Gesetze und eine konsequente Strafverfolgung.

Ein freiwilliger Auslandseinsatz kann eine intensive, beruflich richtungsweisende und menschlich bereichernde Erfahrung sein. Kann, muss aber nicht. Zum einen, weil Freiwillige oft nur mangelhaft vor-

bereitet sowie mit einer überzogenen Erwartungshaltung und weltfremder Motivation auf die Einheimischen losgelassen werden. Zum anderen, weil zunehmend mehr kommerzielle Anbieter diesen lukrativen Markt entdecken. Sie vermitteln Freiwillige viel zu schnell und für zu kurze Zeit oft mit fragwürdiger Moral an Kinder-Projekte in Asien oder Afrika. Darunter leiden dann die betreuten Kinder. „Kinderschutz wird bei den Freiwilligenagenturen nicht mitgedacht“, so Czarnecki. „Je kurzfristiger der Einsatz und je bequemer für den Entsandten, desto schlechter für die Mädchen und Jungen vor Ort.“

Megatrend und Megageschäft

Freiwilligenarbeit im Ausland ist ein Megatrend und vor allem ein Megageschäft. Allein in Deutschland buchen jährlich schätzungsweise 20 000 junge Menschen einen der meist kurzzeitigen Freiwilligeneinsätze in Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit der freiwilligen Arbeit der einen verdient andere viel Geld, kritisiert die Studie „Vom Freiwilligendienst zum Voluntourismus“*, die die Organisationen „Brot für die Welt“, „TourismWatch“ und „ECPAT“ gemeinsam herausgegeben haben. Kommerz, so heißt es dort, verdränge zunehmend entwicklungspolitisches Lernen und mache aus einer guten Absicht ein Reise- und Lifestyle-Produkt. Doch die Nachfrage ist groß. Inzwischen setzt Voluntourismus weltweit Milliarden um. Immer mehr Anbieter tummeln sich auf einem immer schwieriger zu durchschauenden Markt. Laut Studie fehlen verbindliche Standards, etwa zur Vor- und Nachbereitung eines Frei-



willigenaufenthaltes, zum Kinderschutz oder der Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit lokalen Organisationen und den Menschen vor Ort.

So ergab eine UNICEF-Untersuchung**, dass 79 Prozent der Veranstalter von den freiwilligen Helferinnen und Helfern keinen Lebenslauf verlangten. Fast niemand fragte nach deren Referenzen oder führe vor deren Abreise ein persönliches Bewerbungsgespräch. Nur 16 Prozent der Anbieter erkundigten sich demnach nach vorhandenen Arbeitserfahrungen – ebenso fordere nur ein geringer Teil ein Motivations schreiben. Und nur einer der 23 untersuchten Reise-Organisatoren verlangte von den Interessierten, dass sie an einem verbindlichen Vorbereitungskurs teilnehmen.

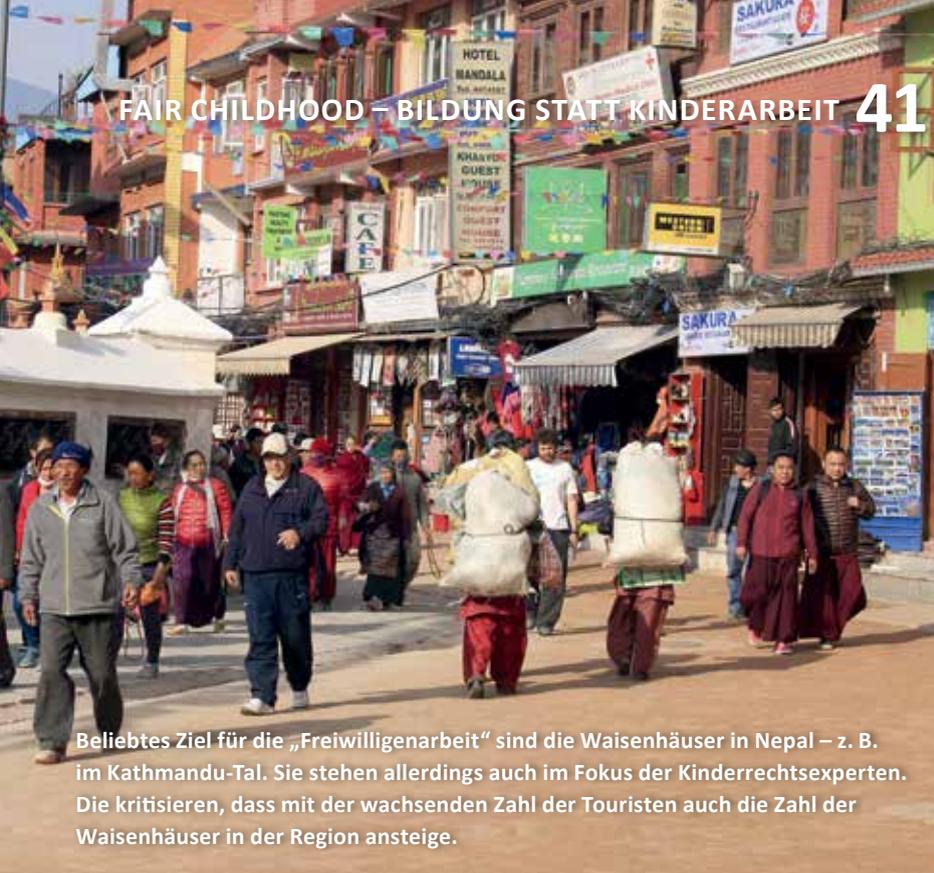
Waisenhaustourismus

Im Fokus der Kritik der Kinderrechtsexperten stehen besonders die Voluntourismus-Angebote zu Waisenhäusern. Deren Konzept: Westliche Touristen sollen dort ohne große Kenntnisse und ohne zeitliche Bindung Kindern schnell

Checkliste Freiwilligenarbeit

Interessenten rät die Organisation TourismWatch bei der Auswahl der Anbieter zur Vorsicht. Junge Menschen sollten sich für längerfristige Aufenthalte entscheiden. Wichtig sei auch, beim Veranstalter auf dessen Sozialstandards und Umweltbilanz zu achten. Eine seriöse Agentur mache außerdem transparent, wie sich der Reisepreis verteile, sehe einen möglichst großen Anteil für die lokalen Gemeinschaften vor und beschäftige vor Ort einen Freiwilligenkoordinator.

M.H.



Beliebtes Ziel für die „Freiwilligenarbeit“ sind die Waisenhäuser in Nepal – z. B. im Kathmandu-Tal. Sie stehen allerdings auch im Fokus der Kinderrechtsexperten. Die kritisieren, dass mit der wachsenden Zahl der Touristen auch die Zahl der Waisenhäuser in der Region ansteige.

Foto: imago

helfen können. Doch die Realität sieht anders aus: Das rege Interesse führte zu einem Anstieg der Waisenhäuser und Waisen in touristischen Gebieten, wo es vorher fast keine gab. Einem Artikel der britischen Tageszeitung „The Guardian“ zufolge befindet sich in Nepal ein Großteil der rund 800 landesweiten Waisenhäuser in den drei populärsten Tourismusdestinationen – dem Kathmandu-Tal, Pokhara und Chitwan.

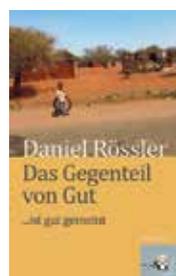
Dubiose Organisationen

In seinem aktuellen Buch „Das Gegenteil von Gut ... ist gut gemeint“ schildert der Österreicher Daniel Rössler die absurde Situation, zu der der Waisenhaustourismus in Ghana geführt hat: Dort würden 90 Prozent vermeintlicher Waisenkinder bei armen Familien „rekrutiert“. Um die Mädchen und Jungen kümmern sich dann die „Freiwilligen“, die für Betreuung und Aufenthalt bis zu 3 000 US-Dollar monatlich zahlen. Auch im kambodschanischen Siem Reap, dem Tor zur Ruinenstadt Angkor Wat, hat die wachsende Zahl der Touristen parallel einen Anstieg der Waisenhäuser bewirkt. Doch laut einer UNICEF-Studie** lebt bei drei von vier „Waisenkindern“ in Kambodscha noch ein Elternteil. Manchmal sogar beide. Es gibt Hunderte solcher Einrichtungen im Land, die ohne staatliche Registrierung eröffnet worden sind. Das meiste des über die Freiwilligenarbeit einkasiierten Geldes stecken sich dubiose Organisationen in die Tasche. Laut der

Nichtregierungsorganisation „Friends-International“ gestalten manche Waisenhäuserleiter die Lebensbedingungen für die Kinder absichtlich schlecht, um den Spendenanreiz zu erhöhen. Experten lehnen den „Waisenhaustourismus“ jedoch noch aus einem anderen Grund strikt ab: Allzu leicht könnten Kinder sexuell ausgebeutet werden.

Martina Hahn,
freie Journalistin

***http://tourism-watch.de/files/profil18_voluntourismus_final.pdf**
****www.unicef.org/eapro/Study_Attitudes_towards_RC.pdf**

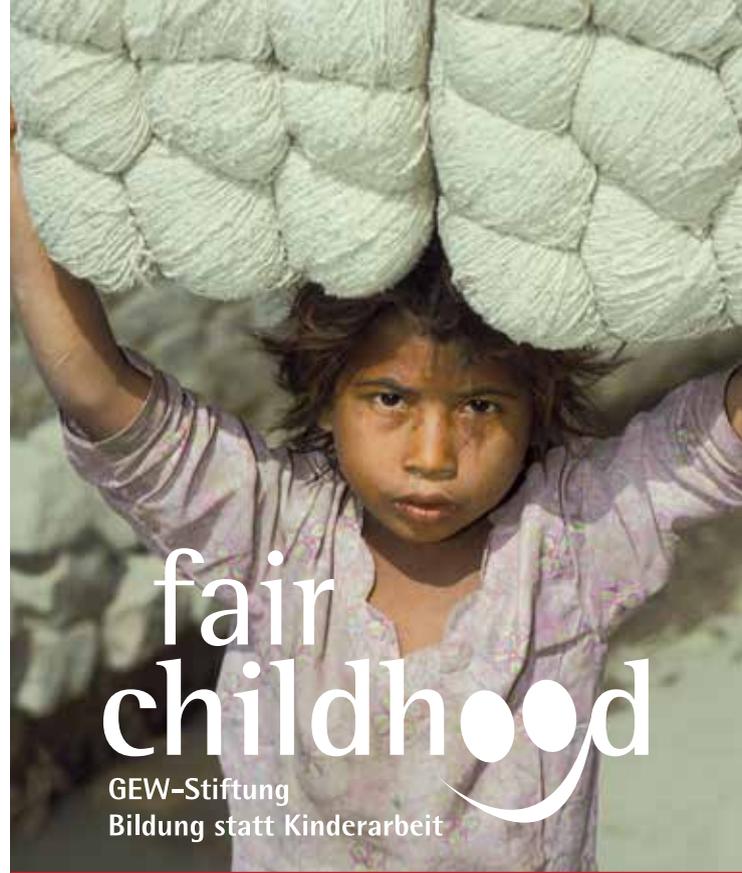


Daniel Rössler:
Das Gegenteil von Gut ... ist gut gemeint.
Seifert Verlag,
Wien, 240 Seiten,
22,95 Euro

Weitere Infos:

www.tourism-watch.de,
<http://info.brot-fuer-die-welt.de/freiwillige>,
www.ecpat.de,
www.fairunterwegs.org,
www.reportchildsextourism.eu

M.H.



fair
childhood

GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kindern eine Kindheit geben

Machen Sie mit.

Unterstützen Sie fair childhood –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu fair childhood,
bitte senden Sie mir weitere Informationen

E&W 02/2016

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
z. Hd. Susanne Hemmerling
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

RECHT UND RECHTSSCHUTZ 02/2016

Informationen der
GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber,
Volker Busch, Gerhard Jens
68. Jahrgang



Foto: zplusz

Pensionshöhe unter Vorbehalt

// Die Versorgungsbehörde hat von einem Pensionär zu Recht zu viel gezahlte Alterseinkünfte zurückgefordert. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz bestätigte, dass Renten auf die Beamtenversorgung angerechnet werden. Die Höhe einer Pension könne sich deshalb nachträglich noch ändern. Zahlungen stünden daher unter Vorbehalt. //

So im Fall eines pensionierten Professors. Dieser muss nun laut OVG-Urteil der Versorgungsbehörde die zu viel gezahlten Ruhestandsbezüge zurückerstatten. Seine Klage gegen die Rückforderung wies das Gericht ab. Der Versorgungsempfänger könne sich nicht auf eine „Entreicherung“ berufen, weil er angeblich nicht gewusst habe, dass er zu Unrecht zu viel Geld erhalten hat. Laut OVG kommt es nicht darauf an, ob dem Kläger bewusst sei, dass die Zahlung nicht korrekt war. Dieser hafte, da die Beamtenversorgung unter gesetzlichem Vorbehalt gezahlt wird. Die Richter setzten voraus, dass dieser Gesetzesvorbehalt jedem Beamten und jeder Beamtin bekannt sei, erst recht dem Kläger als emeritiertem Rechtsprofessor.

Der ehemalige Hochschullehrer war aufgrund ständiger Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden. Als die Versorgungsbehörde seine Pension festsetzte, wies sie ihn schriftlich darauf hin, dass die Beamtenversorgung nur bis zu einer Höchstgrenze gezahlt werde: Sofern er zusätzlich Renteneinkünfte erhalte, müsse er diese Änderung seiner Verhältnisse anzeigen. Die Behörde machte darauf aufmerksam, dass die Pension in solchen Fällen auch niedriger festgesetzt und zu viel gezahlte Bezüge zurückgefordert werden könnten.

Der Hintergrund: Im Alter von 65 Jahren bekam der Professor zusätzlich zu seiner Pension eine gesetzliche Rente ausbezahlt. Der Versorgungsbehörde teilte er diese Alterseinkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung aber nicht schriftlich mit. Als die Behörde das Versäumnis bemerkte, informierte sie den Kläger darüber, dass die Rente auf die Versorgung angerechnet

werden müsse. Das war unterblieben, weil der Rentenbezug nicht angegeben wurde. Er habe daher eine zu hohe Pension erhalten, erklärte die Behörde und forderte die Überschussbeträge zurück. Dagegen klagte der Ruheständler zunächst vor dem Verwaltungsgericht (VG). Die Richter dort gaben der Klage statt, da die Versorgungsbehörde die Bezüge nicht neu geregelt habe. Diese ging gegen das Urteil in Berufung. Das OVG Rheinland-Pfalz erkannte den Leistungsbescheid als rechtmäßig an. Es handele sich – laut Bürgerlichem Gesetzbuch – um eine legitime Rückforderung einer ungerechtfertigten Bereicherung, begründete das Gericht seine Entscheidung. Versorgungsbezüge würden nur bis zu einer Höchstgrenze gezahlt, wenn es zusätzliche Renteneinkünfte gebe (Paragraf 55 des Beamtenversorgungsgesetzes). Werde die Höchstgrenze überschritten, ruhe die Versorgung. Da die „ruhenden“ Versorgungsbezüge (Ruheberechnung) erst ermittelt werden könnten, wenn dem Dienstherrn die Renteneinkünfte bekannt sind, werde die Versorgung unter Vorbehalt gezahlt, erklärte das Gericht. Die Ruhegehaltsberechnung müsse man Versorgungsempfängerinnen und -empfängern schriftlich zustellen. Der Kläger könne der Versorgungsbehörde nicht vorwerfen, dass sie keine Ermittlungen über dessen Renteneinkünfte eingeholt habe, urteilten die Richter. Er selbst sei jedoch verpflichtet, die Behörde über Veränderungen seiner Einkommensverhältnisse, die sich auf seine Versorgung auswirken könnten, zu informieren. Das OVG wies auch den Einwand des Pensionärs zurück, der Anspruch auf Rückforderung sei verjährt. Die zulässige Zeit von zehn Jahren sei noch nicht verstrichen gewesen, als der Kläger den Leistungsbescheid der Behörde bekommen hatte.

Barbara Haas,
freie Journalistin

OVG Rheinland-Pfalz vom 22. Juli 2014 – 2 A 10834/13

Jubliäum

Der Deutsche Jugendliteraturpreis (DJLP) wird 60. Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Kinder-/Jugendliteratur und Medien (kjl&m) 2016, die die GEW herausgibt, ist ein Jubiläumsheft.

Der DJLP hat Literaturgeschichte geschrieben. Ausgezeichnet werden Titel, die außergewöhnlich und innovativ, ästhetisch ausgefeilt und besonders lesenswert sind. Die aktuelle Ausgabe von kjl&m blickt auf diese außerordentliche Preis-Geschichte zurück, vor allem aber richtet sie den Blick nach vorn.

Namhafte Autorinnen und Autoren hat die Redaktion gewonnen: Ein Who's who aus Literaturkritik und Wissenschaft, der Buchbranche, dem Fachhandel sowie der Juryarbeit.

kjl&m: Ausgezeichnet! Der Deutsche Jugendliteraturpreis wird 60! kjl&m – herausgegeben vom Münchner kopaed-Verlag – ist kostengünstig über die GEW-Landesverbände zu beziehen!



Beitragsanpassung

Viele Beschäftigte im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) erhalten durch den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes im vergangenen Herbst jetzt rückwirkend zum 1. Juli 2015 mehr Gehalt. Deshalb werden die GEW-Mitgliedsbeiträge ab 1. März rückwirkend zum 1. Juli 2015 für alle Beschäftigten, die in eine höhere Entgeltgruppe gelangen, automatisch angepasst. GEW-Mitglieder, die nur auf eigenen Antrag höhergruppiert werden, sollten sich in jedem Fall von ihrer GEW vor Ort beraten lassen, ob eine Höhergruppierung für sie günstig ist; denn das ist nicht bei allen SuE-Beschäftigten der Fall! Falls Sie bei Ihrem Arbeitgeber eine höhere Eingruppierung beantragen und diese bewilligt wird, müssen Sie den zuständigen Landesverband darüber informieren, damit wir den Mitgliedsbeitrag satzungsgemäß entsprechend anheben können.

Auch für die pädagogischen Fachkräfte bei FRÖBEL gibt es einen Tarifabschluss mit neuen Entgeltgruppen und Gehaltsanstiegen, der ab Januar 2016 in Kraft getreten ist. Die Mitgliedsbeiträge werden ebenfalls automatisch angepasst.

Petra Grundmann,
GEW-Schatzmeisterin



Das Baltikum genießen Baltische Hauptstädte und die Kurische Nehrung

8-tägige Flugreise vom 22.07. bis 29.07.2016

Durchführungsgarantie



ab € 1.343,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 256,- p. P.

Unsere Rundreise führt Sie zu den schönsten Orten der baltischen Staaten. Die drei Hauptstädte Vilnius, Riga und Tallinn zeugen mit ihren prachtvollen Gebäuden verschiedenster Epochen von der Schönheit der Vergangenheit und zählen heute zum UNESCO-Weltkulturerbe. Aber Litauen, Lettland und Estland haben weit mehr zu bieten. Sie besuchen die imposante gotische Wasserburg von Trakai, die Kurische Nehrung (UNESCO-Weltkulturerbe), das prachtvolle Schloss Rundale und den Nationalpark Gauja. Auch die typischen kulinarischen Spezialitäten kommen bei dieser Reise nicht zu kurz. In jedem Land werden Sie mit einem traditionellen Getränk begrüßt, lernen landestypische Gerichte kennen und besuchen in Riga den größten Bauernmarkt Lettlands.

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Flug vom gewählten Flughafen inklusive Steuern und Gebühren
- ✓ Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- ✓ 7 Übernachtungen in 4-Sterne-Hotels (außer in Nida, dort 3-Sterne-Hotel)
- ✓ traditionelles Willkommensgetränk in Litauen, Lettland und Estland
- ✓ Halbpension (Frühstücksbüfett und Abendessen in Hotel- bzw. landestypischen Restaurants, darunter 1 Abendessen mit kulinarischer Show)
- ✓ Reiseleitung (2. - 7. Tag)
- ✓ deutschsprachige Führungen gemäß Programmverlauf inkl. Eintritt für Wasserburg Trakai, Thomas-Mann-Haus Nida, Schloss Rundale, Bischofsburg, Turaida in Sigulda
- ✓ Fährüberfahrt zum Nationalpark Kurische Nehrung und Naturschutzgebühr
- ✓ Bustransfers laut Programm

Abflughäfen

- Berlin-Tegel
- Frankfurt/Main
- Hamburg
- München
- Düsseldorf + € 40,- p. P.
- Bremen + € 120,- p. P.
- Hannover + € 120,- p. P.
- Stuttgart + € 120,- p. P.

Wunschsleistung

- Zug zum Flug:
- bis 400 km pro Strecke € 80,- p. P.
- über 400 km pro Strecke € 130,- p. P.

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Entsetzt über Wortwahl“

(E&W 11/2015, Seite 12: „Kein Automatismus“)

Worte sind Spiegel unserer Gedanken. Aus meinem Griechischunterricht weiß ich, dass „philos“ Freund heißt. Ich käme nie auf die Idee, jemanden, der mich zu sexuellen Handlungen nötigt, mich missbraucht oder vergewaltigt als „Freund“ zu bezeichnen. Jedes Mal, wenn ein Sexualstraftäter als „pädophil“ bezeichnet wird, werden missbrauchte Kinder erneut gedemütigt. Immer wieder. Auch von E&W im Interview mit dem Wissenschaftler und Mediziner Prof. Peer Briken.

Solange solche Euphemismen Straftaten verniedlichen, wird sich im Bewusstsein der Täter nichts ändern. Aber auch nichts im Bewusstsein des Umfeldes. Und auch nichts bei den gebildeten Konsumenten der Kinderpornografie im Netz, die sich die Finger nicht schmutzig machen, aber „konsumieren“.

Erst wenn „Pädokriminelle“ erkennen, dass sie sich Hilfe holen müssen, bevor sie eine Kinderseele zerstören, sind wir einen Schritt weiter. Dass ich entsetzt über die Wortwahl in E&W bin, ist das eine, was mich mehr erschreckt, ist die offensichtliche Gedankenlosigkeit, die Leichtfertigkeit, die Ignoranz, die sich dahinter verbirgt. Ein Universum blinder Flecken und schwarzer Löcher.

B. Prawdzik (per E-Mail)



„Einseitige Hilfebedürftigkeit“

(E&W 12/2015, Schwerpunkt „BNE“)

Dass das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ Schwerpunkt war, hat mich sehr gefreut. Zwei Anmerkungen habe ich jedoch, die die Redaktion bei künftigen BNE-Beiträgen berücksichtigen könnte.

Zum einen: E&W nimmt fast ausschließlich das schulische Feld der BNE in den Blick, außerschulische Bildungsangebote werden in den ersten beiden Beiträgen nicht erwähnt – im Artikel von Prof. Bernd Overwien ebenfalls nur als „Lernorte für Schulen“. Dies ist insofern bedauerlich, da Verbände und Vereine gerade im Bereich „Umweltbildung und Globales Lernen“ seit vielen Jahren Bildungsangebote machen und viele der Aspekte und Methoden entwickelt haben, die man heute unter BNE zusammenfasst. Das sollte man stärker anerkennen und beachten.

Zum anderen: Die Aufmacher-Geschichte hat m. E. eine sehr unglückliche Bildsprache. Die Art der Bildkomposition (S. 6) zeigt drei deutsche Schülerinnen freundlich lächelnd in die Kamera blickend, die auch namentlich erwähnt werden. Die mitabgebildeten ghanaischen Schülerinnen wirken hingegen eher als Kulisse, ihre Namen bleiben unerwähnt. Insgesamt vermittelt das alles den Eindruck – der auch teilweise beim Lesen des Beitrags entsteht – einer einseitigen Hilfebedürftigkeit.

Jochen Dallmer (per E-Mail)

„Sehr enttäuscht“

(E&W 12/2015, Seite 6 ff.: „BNE: kein Feigenblatt“)

Der Titel ließ Spannendes vermuten. Leider war ich nach dem Lesen der Aufmacher-Geschichte sehr enttäuscht, dass BNE-Angebote in Kindertagesstätten überhaupt nicht zur Sprache kommen. Ich bin seit 2011 eine der weit über 150 Fachkräfte für „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ im Elementarbereich in Rheinland-Pfalz. Es gibt in Rheinland-Pfalz sehr viele engagierte BNE-Fachkräfte in den Kitas, die die Idee der Nachhaltigkeit multiplizieren, sie in ihren Einrichtungen fest konzeptionell verankert haben und mit den Kindern auch umsetzen. Sei es über Naturtage, feste Waldgruppen, Projekte mit fairem

Handel oder beim Erforschen der Umgebung. Ich möchte die Lehrerinnen und Lehrer einladen, gemeinsam mit uns Erzieherinnen den BNE-Gedanken schon ab der Primarstufe weiterzuentwickeln. Denn bereits in der frühen Kindheit werden die Grundlagen für ein verantwortungsvolles Handeln gelegt. Die BNE-Fachkräfte in den Kitas geben ihr Wissen gerne weiter.

Sabine Breier (per E-Mail)

„Durchgerutscht“?

(E&W 12/2015, Seite 6: Aufmacherfoto)

Das Aufmacherbild zum Artikel „BNE: kein Feigenblatt“ zeigt im Bildvordergrund sechs Mädchen, drei weiße und drei schwarze. Was sagt das über Partnerschaftsprojekte aus, wenn nur die Namen der weißen Mädchen in der Bildunterschrift genannt werden? Und was sagt das über die Redaktion aus, der das einfach so „durchrutscht“? Oder war das Ironie und ich habe es nicht mitbekommen?

Clemens Noll, Köln

„Gefälligkeitsinterview“

(E&W 12/2015, Seite 12 f.: „Entwicklungspolitik ist nicht weit weg“)

Eineinhalb Druckseiten und nicht eine kritische Frage an CSU-Staatssekretär Thomas Silberhorn, der hier so tun kann, als wäre eine nachhaltige und gerechte Weltordnung ein Ziel der Bundesregierung und somit auch der CSU. Einer Partei, die das transatlantische Freihandelsabkommen, kurz TTIP, umsetzen will und sich beharrlich weigert, dass bayerische Schülerinnen und Schüler in „Einer Schule für alle“ lernen können.

Gefälligkeitsinterviews mit CSU-Politikern sollten in einer Gewerkschaftszeitung keinen Platz haben.

Ernst Wilhelm, stellvertretender Vorsitzender GEW Oberfranken (per E-Mail)

„Nicht einverstanden“

(E&W 12/2015, Seite 19 f.: „A13-Debatte tobt im Norden“)

Ich bin mit GEW-Positionen wie der Gleichstellung „Grundschule – Gymnasium“ nicht einverstanden. Das hat nichts mit Überheblichkeit zu tun. Aber so zu tun, als ob die Ausbildungen für Grundschul- und Gymnasiallehrkräfte

„gleich“ seien, damit ist es nicht getan. Die GEW sollte lieber dafür sorgen, dass Lehrkräfte sowohl materiell besser gestellt als auch gesellschaftlich mehr anerkannt werden.

Für Männer ist der Lehrerberuf heute auch nicht mehr reizvoll, zumal er – zwar von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich – kaum echte Aufstiegschancen mehr bietet. Und: Was soll ich davon halten, wenn Frauen in vielerlei Hinsicht bevorzugt werden? Männern bleibt dann nur die Knochentour – wenn überhaupt.

Ist die GEW noch meine Interessenvertretung?

Martin Fellinger (per E-Mail)

„Warum?“

Mit Interesse habe ich den Artikel „A 13-Debatte tobt im Norden“ gelesen. Ich kann alle Argumente sehr gut nachvollziehen, weil ich mich in einer ähnlichen Situation befinde. Ich unterrichte an einer Oberschule und bin lediglich „Nicht-Erfüllerin“ – allein die Bezeichnung „triefte“ schon vor „Wertschätzung“ und „Anerkennung“, die sich in meiner Eingruppierung wunderbar widerspiegelt: Entgeltgruppe (E) 5!

Kurz zu meiner Berufsbiografie: Ich habe ein abgeschlossenes Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin (FH) und bin Meisterin der städtischen Hauswirtschaft mit sonderpädagogischer Zusatzausbildung. Die Meisterprüfung entspricht nach dem deutschen und



europäischen Qualifikationsrahmen einem Bachelor-Abschluss. Zuerst war ich als Lehrerin an einer Realschule tätig. Wie jede andere Lehramtsanwärterin hatte ich das Studienseminar besucht. Meine damalige Schulleiterin und ich sind davon ausgegangen, dass ich auf diese Weise die Lehrbefähigung erhalte und dann wenigstens nach E9 vergütet werde. Das war leider ein Irrtum. Daher wollte ich an eine Berufsschule wechseln, damit ich dort als Hauswirtschaftsmeisterin in E9 eingestuft werde. Zwei Berufsschulen wollten mich zwar einstellen, aber die Landesschulbehörde hat abgelehnt. Sie teilte die Auffassung des Kultusministeriums, meine bisherige Unterrichtstätigkeit entspräche nicht

der einer Meisterin, da diese nach E9, ich aber lediglich nach E5 bezahlt würde.

Ich frage mich immer wieder, was erfüllen sogenannte „Nicht-Erfüller“ eigentlich nicht? Ich unterrichte nach demselben Curriculum. Nicht nur Fachpraxis, sondern auch Fachtheorie. Ich erbringe nach Einschätzung der Schulleitung und der Fachseminarleitung als „Nicht-Erfüllerin“ gleichwertige Leistungen wie sogenannte „Erfüller“. Warum erhalte ich dann eine um sechs Entgeltgruppen niedrigere Vergütung?

Doris Isernhagen, Walsrode

„Nicht nur zur Professur“

(E&W 12/2015, Seite 32: „In den Händen der Eliten“)

Dass eine sehr gute soziale Herkunft als Sprungbrett dient, ist nicht nur auf dem Weg zur Professur so, sondern gilt genauso in den „unteren Abteilungen“. Ich selbst musste vom Gymnasium auf die Realschule wechseln, da klar war, dass meine Eltern für ein Studium kein Geld hatten. Später finanzierte ich die Ausbildung zum Fachlehrer aus eigener Tasche und bewarb mich an der Pädagogischen Hochschule (PH) Weingarten. Ich dachte, als Lehrer mit langer Berufserfahrung bekomme ich bestimmte Tätigkeiten angerechnet.

Trotzdem sollte ich – so die Auflage der PH – nun das ISP (integriertes Semes-

>> Fortsetzung auf Seite 46

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Provence Bastide a.d. 18. Jahrh.
Zwei romantische Ferienhäuser
Tel. 0033 / 490 617 450
www.chante-duc.fr

Ihre Anzeige in der
**E&W Erziehung und
Wissenschaft**
rufen Sie uns an:
0201 843 00 - 31

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos
und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blut-
krebs. Lassen Sie sich jetzt als
Stammzellspender registrieren.
Alle Infos zur Stammzellspende
finden Sie unter www.dkms.de.

DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH
 Wir besiegen Blutkrebs.

Exklusive Kultur-Leserreisen

Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

Segel- & Surfschule am Binnensee



Komplettangebote für Klassenfahrten Klasse 5-13
Axel Malicke · Eichholzweg · 23774 Heiligenhafen · Tel. 0 43 62 - 14 41
www.segelschule-malicke.de · info@segelschule-malicke.de

>> Fortsetzung von Seite 45

terpraktikum) aus „wissenschaftlichen Gründen“ absolvieren, was bei einer halben Stelle an meiner Stammschule nicht zu machen ist.

Als ich dem Dekan meine umfangreiche Vorerfahrung (Beruf, Weiterbildungen) mit berufsbegleitendem Studium und meine sehr guten Dienstbeurteilungen zeigen wollte, winkte dieser ab.

Ich bleibe weiter in der Gehaltsstufe A9 eingruppiert, zwar mit ähnlicher Arbeitsbelastung wie ein PH-Kollege, der jedoch zirka 600–700 Euro netto (A12 oder A13) pro Monat mehr verdient.

Frank Müller, Biberach an der Riß

„Kommt nicht an“

(E&W 12/2015, Seite 48: „Diesmal“)

Schon seit langem registriere ich – auch im Gespräch mit anderen Hamburger Gewerkschaftsmitgliedern –, wie wenig die Gestaltung der Seite 48 (U4) der E&W noch „ankommt“. Die Karikaturen – jeweils vergrößerte Vignetten – sind kaum für dieses „Riesenformat“ geeignet. Hinzu kommt, dass die inhaltlichen Aussagen derart „hergesucht“ und von daher nur wenig nachzuvollziehen sind (oft nur für Insiderinnen und Insider!). Zum Schmunzeln über eine treffende Kernaussage regen die Cartoons schon gar nicht an. Eine gute Karikatur sollte dies aber „auf Anhieb“ können.

Das „Diesmal“ der Dezember-Ausgabe bleibt gleich auf mehreren Ebenen unverständlich: weder Zeichnung, noch Text, noch der Titel „Hilde K.... „ erschließen sich.

Ich würde mich freuen, wenn die Redaktion endlich mal etwas an der Rubrik „Diesmal“ verändern könnte. Zum Beispiel durch eine Satire, „garniert“ mit einem kleinen Cartoon.

Heidmarie Thiele (per E-Mail)

„Lösungsansätze präsentieren!“

(E&W 1/2016, S. 6 ff.: „Angekommen – und dann?“)

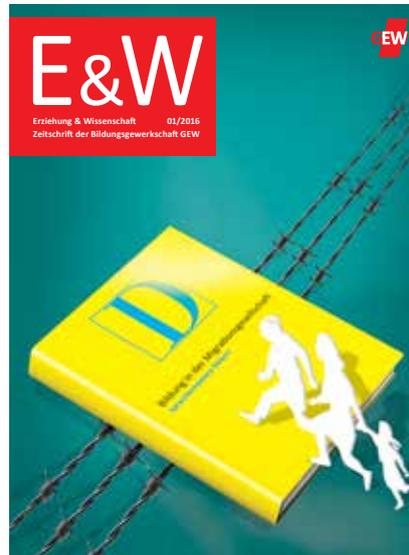
Wieder gibt es im Auftakt zum Schwerpunkt nur Fallbeispiele gut ausgebildeter Flüchtlinge. Aus meiner Arbeit als Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache (DaF) versichere ich aber, das größte Problem haben nicht qualifizierte Asylsuchende.

Sie werden in der Regel über die Ehrenamtlichen, ohne die zur Zeit sowieso kaum etwas läuft, aufgefangen.

Das größte Problem haben und sind die vielen bildungsfernen, ja man muss sogar sagen teilweise „bildungsfeindlichen“ Geflüchteten. Die begreifen häufig nicht, dass sie ohne eine gewisse Grundbildung keine Chance haben, wenn sie Lernangeboten aus Angst oder Unkenntnis fernbleiben.

Warum berichtet E&W nicht einmal über dieses viel größere Problem? Vielleicht sollte die Redaktion in dem Kontext dann auch ein paar Lösungsansätze präsentieren.

Sonja Gerlach (per E-Mail)



„Nicht zu glauben“

(E&W 1/2016, Seite 24: „Neue ‚Heilsbotschaften‘“, und Seite 36 f.: „Milliardengeschäft auf dem Rücken der Kinder“)

Im Artikel „Neue Heilsbotschaften“ wird beschrieben, wie sich zuvor deutschlandkritische Aussagen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) plötzlich und unerwartet ins Positive wenden. Verursacher dieser Wende solle, so heißt es, der neue Vizeregensekretär Stefan Kapferer sein. Die OECD ist eine Institution, die man aus Sicht der Bildung immer sehr kritisch beäugen sollte. Aber ich vermag nicht zu glauben, dass eine Person – und sei es ein Versorgungsfall der FDP – soviel Einfluss auf Aussagen der OECD hat.

Im Interview „Milliardengeschäft auf dem Rücken der Kinder“ wird festgestellt, dass Medikamente u.a. zur Ruhigstellung verhaltensauffälliger Kinder für Pharmakonzerne ein „riesiges Geschäft“ seien. Das sehe ich auch so. Aber ich kann wiederum nicht glauben, dass der Manager eines solchen Konzerns zugibt: „Jetzt knöpfen wir uns die Kinder vor. Die machen wir zu Kranken.“ Und das soll er auch noch zu einer Redakteurin von Frontal 21 gesagt haben?! So blöd kann keiner sein.

Peter Ueding, Leopoldshöhe

„Gejammer und Gezeter“

(E&W 1/2016, Seite 36 f.: „Milliardengeschäft auf dem Rücken der Kinder“, und Seite 38: „Mehr Lehrkräfte, mehr Zeit und kleinere Klassen“)

Es ist ja zu begrüßen, dass E&W Defizite in der Bildungspolitik thematisiert. Allerdings greifen die Vorschläge für eine Reform in den Beiträgen viel zu kurz. Grundübel sind doch die Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems sowie das selektive Übertrittsverfahren nach der 4. Klasse. Letzteres gibt es in keinem anderen europäischen Staat, nur seit mindestens einem Jahrhundert in Deutschland. Ein Horrorszenario für alle Zehnjährigen und deren Eltern. Und solange diese ungerechte Sortierung von Kindern weiter besteht, wird sich auch an dem daraus folgenden Desaster – Krankheiten, Phobien, frühkindlichen Psychosen etc. – nichts ändern. Es wird eher auf noch schlimmere Zustände hinauslaufen, die man nicht mehr in den Griff bekommt. Nicht einmal mit Pillen.

Hier mache ich der GEW den Vorwurf, das „selektive Schulsystem“ nicht immer wieder in den Fokus zu rücken. Alles andere ist Gejammer und Gezeter.

Elke Funke (per E-Mail)

E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: renate.koerner@gew.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Ihre Reiseleiter in **PARIS** für Klassenfahrten und Gruppenreisen

erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig

vinculum MUNDI

Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen

Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

TOSCANA
zwischen Zypressen, Zikaden und Meer,
Natur & KulTouren, Strände, Wein,
Olivenhain, FeWo & FH von privat
www.lisaheinrich.de T. 0209/9475637

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im
Olivenhain am Naturschutzpark
bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Klassenfahrten der Jugendherberge Essen

Aller Anfang ist leicht 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 122,00
Die Schüler lernen sich kennen, setzen sich Ziele für die gemeinsame Zukunft.

Einer für alle – alle für einen 2016
7. - 13. Klasse | 3 - 5 Tage | ab € 138,00
Ein Teambuilding mit Kooperationsübungen

Entdecken. Erleben. Bewegen 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 98,00
Der Wandel des Ruhrgebiets: Die Zeugnisse der Industriekultur bilden dabei die Kulisse für aufregende Erlebnisse.

weitere Programme und vieles mehr unter:
www.essen.jugendherberge.de




APOLLON
Hochschule

BACHELOR PER FERNSTUDIUM!

AUCH OHNE ABITUR!

NEU: Bachelor Sozialmanagement (B. A.)
Bachelor Gesundheitsökonomie (B. A.)
Bachelor Angewandte Psychologie (B. Sc.)
Zertifikatskurse! U. a. Ernährungsberater

Kostenlose Infos: **0800 3427655** (gebührenfrei)

apollon-hochschule.de Ein Unternehmen der Klett Gruppe



Mit Hand und Verstand!

Lesefreude für Ihren Unterricht

- spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
- senso-motorische Lernerlebnisse
- verständnisorientiertes Lernen
- Online-Unterrichtshilfen und Videos

Das Original
Made in Germany

Neue Website mit vielen Unterrichtshilfen und Videos!

Lernen + Lehren mit **HAHN**

Besuchen Sie jetzt www.lesefreude.net



SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, ruhige Lage, Nichtraucherhaus,
exzellenter Service u. super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Insel Rügen: 4-Sterne-Ferienwohnung
für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, exklusive Ausstattung, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-fischlerei-putbus.de

Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilferechtere, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, Nähe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft:
07520 927-0

www.wollmarshoehe.de



ITALIEN: LIGURIEN UND TOSKANA
wunderschöne Ferienhäuser / -whg privater Vermieter, mit Gärten, ruhig, nicht weit vom Meer, mittelalterliche Dörfer, herrliche Natur...
Tel.: 089 / 33 37 84, www.litos.de

WENDELSTEIN® KLINIK

Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik

- Depressionen
- Schmerzstörungen
- Ängste
- Posttraumatische Belastungsstörungen

Geben Sie nicht auf!

WIR HELFEN IHNEN WEITER

WENDELSTEIN KLINIK
Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen
0 75 74 - 845
www.wendelsteinklinik.de

beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus



STUDY - EXPLORE - TRAVEL

STUDIENREISEN LONDON

KLASSENFAHRTEN ENGLAND

www.s-e-t.de



Diesmal

